

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Beilagerlohn.

Insertate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Beitzelle. Der Betrag ist im Voraus zu entrichten.

Nr. 51

Sonntag, den 21. Dezember

1913

## Ausnahmegesetzliche Vorbereitungen.

Wenn man's so hört, könnt's leichtlich scheinen — nämlich, der Reichskanzler bei der Statberatung auf das Drängen des Junkers v. Westarp nach einem Ausnahmegesetz diese Zumutung in verlaufeneren Redewendungen ablehnte. Aber wenn auch der Reichskanzler diese Ablehnung mit der Unmöglichkeit begründete, der Revision des Strafgesetzbuchs eine Bestimmung zu finden, die den Boykott zu verhindern imstande wäre, so betonte er doch, daß die gegenwärtigen Zustände, das stärkere Hervortreten des wirtschaftlichen Terrorismus und die Zunahme der Heftigkeit der Klassenkämpfe ein beschleunigtes Eingreifen erwünscht erscheinen ließen.

Dabei konnte der Reichskanzler jedoch selbst kein Mittel angeben, das gegen diese Entwicklung des Klassenkampfes wirksam wäre oder er verschwieg wohlweislich, wie sich die Regierung ein Eingreifen vorstellt. Sein Appell an das Volksempfinden, das sich gegen den wirtschaftlichen Boykott wenden müsse, ist nichts, als eine Phrase, denn der Boykott ist in gewissen Formen gesetzlich zulässig. Uebrigens würde er trotz aller schärferen gesetzlichen Bestimmungen neue Formen finden und der Effekt wäre gleich Null.

Durch all die Redewendungen für die Ablehnung eines Ausnahmegesetzes werden sich die Arbeiter jedoch nicht einlassen lassen. Zumal der Reichskanzler auffallend einseitig hervorhob, daß viele wirtschaftliche Vereinigungen des Unternehmertums, und selbst der Hansabund, schwere Plagen über den Terrorismus der Arbeiter geführt hätten und ein behördliches resp. gesetzliches Eingreifen verlangten. Außerdem gab er bekannt, daß im Reichsamt des Innern daran gearbeitet werde, eine umfassende Darstellung der Zustände zu geben. Das heißt also, daß man in der Regierung dauernd bemüht ist, eine passende Grundlage für ein Vorgehen gegen die Arbeiter zu schaffen.

Das zwingt selbstverständlich die Arbeiter, auf ihrer Hut zu sein. Im gegebenen Moment wird man mit einer Wulst von sogenanntem Material hervorbrechen, um dann in beschleunigtem Tempo ausnahmegesetzliche Bestimmungen zu treffen oder an schärfere behördliche Maßnahmen zu denken. Wir denken dabei namentlich an das Verlangen des Hansabundes nach einer Instruktion an die Behörden, schärfer einzugreifen und nach beschleunigtem gerichtlichem Verfahren.

Sollte das letztere eintreten — und die Erklärungen des Reichskanzlers schließen ein derartiges Vorgehen der Regierung nicht aus — dann werden besonders die freien Gewerkschaften Gegenmaßnahmen zu treffen haben. Sie müssen nach unserer Ansicht jetzt schon diese Möglichkeit in den Kreis ihrer Betrachtung und Beratung ziehen, damit sie nicht etwa überrascht werden. Denn die Handlanger der Scharfmacher ziehen im Lande umher und hegen unaufhörlich gegen die Arbeiter und werden dabei von einer Menschlichkeit und Gerechtigkeit mit Füßen tretenden Presse unterstützt. Und selbst die Vertreter des Ausbeutertums im Reichstage warten sehnsüchtig auf den Augenblick, der die schärfere Knebelung der Arbeiter ermöglicht, wenn sie auch durch die gegenwärtig ihnen nicht gerade günstige Stimmung sich gedämpft fühlen.

Es ist ein Glück für die Arbeiter, daß eine starke sozialdemokratische Fraktion im Reichstage, hinter der 4¼ Millionen Wähler stehen, ihre Interessen vertritt und mit gesteigerter Kraft den Kampf gegen die Ausbeuter und Unterdrücker führt. Ohne sie glaubten die Gegner leichter mit den Arbeitern fertig zu werden. Es ist ein Glück, daß 2½ Millionen Arbeiter ihre Pflicht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, erkannt haben. Nur muß dahin gewirkt werden, daß von der noch größeren Zahl der Unorganisierten diese Pflicht ebenfalls erkannt wird.

Die Stärke der Gewerkschaften bietet die Gewähr dafür, daß die Unorganisierten nicht zum Kampfe gegen ihre Mitarbeitern mißbraucht werden. Gelänge es, durch die nationalen und gelben Arbeitervereine den Gewerkschaften ein Paroli zu bieten, dann würden ihre Protektoren, die Ausbeuter und Unterdrücker, den Mißbrauch bis zum brutalsten zersetzenden Kampf zwischen Arbeitern treiben. Schlimm genug, daß sich Arbeiter in ihrer Unwissenheit überhaupt so herabdrücken und entwürden und ihren eigenen bedrückten Massengenossen entgegenstellen lassen. Diesem infamen Mißbrauch bedrückter Arbeiter muß mit allen Mitteln entgegengetwirkt werden. Je besser dies gelingt, um so mehr wird den Hechern und Scharfmachern der Boden entzogen. Auch den stillen, aber emsigen Vorbereitungen, die im Reichsamt des Innern zu einem Schläge gegen die Arbeiter getroffen werden, wird dadurch entgegengewirkt.

Ginge es nach den preussischen Junkern, dann müßte die Regierung gegen die Arbeiter vorgehen, wie die Leutnants in Bayern gegen das „Zivilpatz“. Schreit das Volk nach Brot, dann ist es nach der Junkermeinung am besten

mit „blauen Bohnen“ abzufüttern, und das Verlangen nach Erweiterung und Schutz der so wieso geringen Arbeiterrechte muß mit dem Polizeisäbel zurückgewiesen werden. Wo solche Ansichten vorherrschen, da müssen die Hungernden, die Ausbeuteten und Bedrückten Vorseorge treffen, sich selbst zu schützen. Die beste Antwort auf die Vorbereitungen der Regierung zum Kampf gegen die Arbeiter ist die festere Zusammenschließung der Arbeiter, die Stärkung ihrer Organisationen. Dann mag kommen, was will.

## Fürsorge für Wanderarme.

Raum hat der Staatssekretär des Innern, Dr. De Lbrück, die durch die sozialdemokratische Interpellation geforderte Arbeitslosenfürsorge abgelehnt, da läßt er auf Umwegen einen sozialpolitischen Gesetzentwurf bekannt geben, der die Sozialpolitik der Regierung drastisch kennzeichnet. Im Reichsamt des Innern sind zur Fürsorge für arme Wanderer sogar zwei Gesetzentwürfe fertiggestellt worden, ein Wandererfürsorgegesetz und ein Gesetz zur Abänderung des Unterhaltungswohnsitzes.

Diese beiden Entwürfe sind zunächst den Leitern und Protektoren der Arbeitskolonien zugänglich gemacht worden, durch die jetzt der Wortlaut bekannt wird. Danach ist diese großartige Wandererfürsorge nichts als eine andere Regelung der Armenunterstützung und eine Erweiterung der Arbeitskolonien, sowie eine Vermehrung der Straf-Arbeitshäuser. Zum Zwecke der Durchsetzung dieser Pläne scheidet die Regierung die wandernden Arbeiter nach politischen Begriffen in drei Kategorien: Die Arbeitsfähigen, die Arbeitsunfähigen und die Arbeitslosen.

Die wichtigste der drei Kategorien ist die der Arbeitsfähigen, die nach ihrer Zahl die größte, in der Zeit einer Krise, wie gegenwärtig, sogar eine sehr große ist. Deshalb wurde in der sozialdemokratischen Interpellation eine Reichsversicherung für Arbeitslose verlangt, aber von der Regierung abgelehnt. Es ist nun sehr interessant, zu sehen, wie sich die Regierung den Anschein gibt, als wolle sie für diese Kategorie etwas tun. Wir drücken deshalb den Wortlaut des Wandererfürsorgegesetzes hier ab, auch, um seine völlige Wirkungslosigkeit hier darzutun. Es folgt folgendes fest:

§ 1. Die Fürsorge für mittellose, arbeitsfähige, mindestens 16 Jahre alte männliche Personen, die unter Einhaltung der Wanderordnung (§ 8) umherziehen und Arbeit suchen (Wanderer), geschieht durch Arbeitsvermittlung oder durch Arbeitsgewährung in Arbeitsstätten und Arbeitsheimen.

§ 2. Arbeitsstätten haben die Aufgabe, Wanderern, denen eine Arbeitsstelle nicht alsbald vermittelt werden kann, vorübergehend gegen Arbeitsleistung Verpflegung und Obdach zu gewähren.

§ 3. Arbeitsheime haben die Aufgabe, Wanderern, denen durch die Arbeitsstätten eine Arbeitsstelle nicht verschafft werden kann, für längere Zeit gegen Arbeitsleistung Lohn und Unterhalt zu gewähren.

§ 4. Arbeitsstätten und Arbeitsheime sind zur Vermittlung von Arbeitsstellen an Wanderer mit Arbeitsnachweisen auszustatten oder an öffentliche Arbeitsnachweissen anzugliedern.

§ 5. Kein Wanderer hat einen Rechtsanspruch auf Arbeitsvermittlung oder Aufnahme in eine Arbeitsstätte oder ein Arbeitsheim.

§ 6. Die Wandererfürsorge einschließlich der Gewährung der notwendigen Kleidung und der Beförderung in eine Arbeitsstätte, eine Arbeitsstätte oder ein Arbeitsheim gilt auch insoweit nicht als öffentliche Armenunterstützung, als sie den Wanderer von dem Wanderer geleisteten Arbeit übersteigt. Der Eintritt in eine Arbeitsstätte oder in ein Arbeitsheim gilt dem Eintritt in eine „Bewahranstalt“ im Sinne des Unterhaltungswohnsitzes gleich.

Der Ort, an dem sich eine Arbeitsstätte oder ein Arbeitsheim befindet, gilt hinsichtlich der darin aufgenommenen Wanderer nicht als „Dienst- oder Arbeitsort“ im Sinne des vorbenannten Gesetzes.

§ 7. In jedem Bundesstaate sind Arbeitsstätten und Arbeitsheime zu errichten, sofern nicht die Benutzung entsprechender Einrichtungen eines Nachbarstaates sichergestellt ist. Die Bundesstaaten können, soweit sie nicht selbst die Einrichtung und Unterhaltung von Arbeitsstätten und Arbeitsheimen übernehmen, diese Aufgabe ganz oder teilweise auf ihre öffentlichen rechtlichen Verbände übertragen, sowie es diesen überlassen, sich dabei der Mitwirkung Dritter zu bedienen. Soweit auf Grund Bundesgesetzes oder landesrechtlicher Anordnung oder infolge Vereinbarung Fürsorgeeinrichtungen für Wanderer vorhanden sind, welche den Erfordernissen dieses Gesetzes entsprechen, finden auf sie, wenn durch Bundesgesetz nichts anderes bestimmt wird, die Vorschriften dieses Gesetzes Anwendung.

§ 8. Die allgemeinen Grundsätze über die Einrichtung und Unterhaltung von Arbeitsstätten und Arbeitsheimen, über die Wandererfragen und Wandererpapiere (Wanderordnung) bestimmt der Bundesrat.

Die sonst zur Ausführung erforderlichen Bestimmungen sind von der obersten Landesverwaltungsbehörde zu erlassen.

Bürgerliche Blätter bezeichnen die Veränderungen, die nach diesen Bestimmungen eintreten, als sehr wichtige. Wir können dieser Anschauung nicht beitreten. Man muß sich nur erinnern, wie einst bei Schaffung der Arbeitskolonien, alle Sozialquasialber, private wie behördliche, die Arbeitskolonien als ein wirksames, ja als ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit bezeichneten, und wie die Regierungen, die den Arbeitskolonien staatliche Mittel zumendeten, prahlten, damit mehr positive soziale Fürsorge für die Arbeiter bewiesen zu haben, als alle Arbeiterorganisationen zusammen genommen. Das war in der sozialistengesetzlichen Zeit. Seitdem hat sich das ständige Heer der Arbeitslosen von Jahr zu Jahr vermehrt. Die kapitalistische Produktion schafft dieses ständige Heer von Arbeitslosen, dem sie in der Zeit der Krise ein noch größeres Heer entlassener Arbeiter hinzufügt.

Ungenommen, die Reichsregierung wollte durch ihre neuen Gesetzentwürfe das ständige Heer der Arbeitslosen verringern, so hat die Erfahrung erwiesen, daß durch die Arbeitskolonien, Arbeitsstätten, Arbeiterheime und dergleichen der Zweck nicht erreicht worden ist, denn trotz der Vermehrung der Arbeitskolonien ist doch das ständige Heer der Arbeitslosen gewachsen — es sind dauernd mehr Arbeiter arbeitslos als früher.

Doch, es ist gar nicht die Absicht der Regierung, die Arbeitslosigkeit einzunengen, zu verringern. Dazu bedürfte es tief eingreifender Maßnahmen in der gesamten Produktion, Maßnahmen, die vom Unternehmertum sofort als sozialistische erkannt werden würden. Dazu gibt sich die Regierung als Vertreterin des kapitalistischen Staates nicht her. Sie würde sich in Widerspruch mit ihrer eignen kapitalistischen Praxis in den Staatsbetrieben setzen, denn auch die Staatsbetriebe stellen einen ansehnlichen Teil von Arbeitern in der Zeit der Krise frei und vermehren das Heer der Arbeitslosen. Aus rein kapitalistischen Gründen lehnt daher die Regierung die Verringerung der Arbeitslosen durch Reichsgesetz ab. Und da sollte sie glauben, durch ein Wandererfürsorgegesetz der Arbeitslosigkeit steuern zu können? Wieviel neue Arbeitskolonien, Arbeitsstätten usw. müßten dann geschaffen werden? Wer soll sie schaffen und woher sollten die Mittel genommen werden?

Schon der Ausdruck „Wanderarme“ zeigt, daß nur eine dürftige Einrichtung für Unterbringung solcher Arbeiter getroffen werden soll, die von der Arbeit ausgeschlossen werden, weil sie den Unternehmern zu alt, halb invalid — kurz, nicht mehr ergiebig genug sind bei der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Und da bleibt es im Grunde trotz der neuen Bestimmungen bei den althergebrachten Einrichtungen der Straf-Arbeitshäuser, der Armenunterstützung und der Arbeitskolonien, je nachdem die Unterzubringenden in Arbeitsfähige, Arbeitsunfähige oder Arbeitslose geschieden werden. Diese Scheidung in die drei Kategorien wird schon nicht leicht werden und nicht immer zutreffend sein. Wird doch meist politische Entscheidung diese Scheidung besorgen.

Die Abänderung des Gesetzes über den Unterhaltungswohnsitz stellte sich als ein neuer Paragraph 30a folgenden Wortlauts dar:

Wird eine Person, die arbeitslos das Land durchzieht, hilfsbedürftig (Wanderarmer), so ist derjenige Landarmenverband zur Erstattung der durch die Unterbringung erwachsenen Kosten verpflichtet, in dessen Bezirk die Person sich beim Eintritt der Hilfsbedürftigkeit befindet, sofern nicht nach § 20 der Ortsarmenverband des Dienst- oder Arbeitsortes die Kosten zu tragen hat.

Die Landarmenverbände sind befugt, mit Genehmigung der obersten Landesverwaltungsbehörde Bestimmungen darüber zu erlassen, unter welchen Bedingungen und in welcher Weise die von ihnen gemäß Absatz 1 zu erstattenden Unterstüßungen seitens der Ortsarmenverbände zu gewähren sind, auch die Unterstüßung von Wanderarmen selbst zu übernehmen oder sich bei der Unterstüßung der Mitwirkung Dritter zu bedienen.

Mag durch all diese Bestimmungen eine Milderung des Loses der „Wanderarmen“ beabsichtigt sein, sie bleiben dennoch ein armseliges Flickwerk gegenüber dem durch den Kapitalismus immer höher getürmten Elend. Denn selbst die Arbeitsstätten sind ein durch die unsoziale kapitalistische Wirtschaft erzeugtes Uebel; sie gibt sich nicht die geringste Mühe, nicht holtwertige Kräfte an die richtige Stelle zu bringen, wo sie der menschlichen Gesellschaft immer noch von Nutzen sein können. Und das wird so bleiben, so lange diese Wirtschaft noch besteht. Daran ändert soziale Quasialberei nicht das mindeste.

## Reichstagsbrief.

Die Militärdiktatur, die im Falle Baborn einmal ihr Antlitz enthüllte, hat dafür gesorgt, daß die Staatsbehalte im Reichstag überhaupt sich um die absolutistischen Neigungen der Dynastie und der sie stützenden Junker brachte. Genosse Scheidemann hielt als erster Redner eine Abrechnung mit der Regierung resp. mit dem



## Rundschau.

für die Regierung verantwortlichen Reichskanzler, die diesen in tödliche Verlegenheit setzte. Seine Antwort darauf war ebenso unbefriedigend, wie die auf die Interpellation über Jaber, wenn er auch einen mäßigen Versuch machte, die bürgerlichen Parteien, die das Mißtrauensvotum mit beschlossen hatten, zu beschwichtigen.

In der Tat fielen auch die Nationalliberalen sofort um. Der Abg. Wassermann kam dem Reichskanzler mit einer Schußgraspele über die auswärtige Politik zu Hilfe, und auch der Zentrumsführer Spaahn befehlte sich, die schwächliche Haltung des Reichskanzlers gegenüber der Militärdiktatur vergessen zu machen. Dafür wurden die vom zweiten sozialdemokratischen Redner, Genossen Bloch, energisch an ihre Pflicht erinnert, die Würde und das Recht des Reichstages zu wahren durch das konsequente Verlangen, von der Regierung volle Rechenschaft für ihre Verfehlungen zu fordern, andernfalls, wie schon Scheidemann verlangt hatte, der Regierung den Etat nicht zu bewilligen. Dazu konnten sich die bürgerlichen Schwächlinge nicht verstehen, vielmehr zogen sie einen biden Trennungsfisch zwischen sich und die Sozialdemokratie.

Zwei Umstände veranlaßten sie jedoch, binnen zweimal vierundzwanzig Stunden ihre Taktik abermals zu ändern und der Regierung aufs neue ihres Mißtrauens zu verweigern. Für das Zentrum besorgte das der schwächste Parlamentarier, Abg. Erzberger, für die Nationalliberalen der Abg. Baasche. Beide schlugen wieder die Rede an, die Fehrenbach und v. Calker in voller Entrüstung der Regierung entgegenschleudert hatten.

Einmal gab ihnen dazu Ursache eine Rede des Junkers v. Westarp, der hochmütig und verächtlich über das Mißtrauensvotum spottete, es als Material für den Papierkorb bezeichnete und ein Loblied auf die militärische Ueberhebung sang. Das ging selbst den mit den Blauen sonst verbrüdereten Schwarzen an die Nieren.

Außerdem aber hatte der Umfall des Zentrums und der Nationalliberalen einen äußerst ungünstigen Eindruck in der Öffentlichkeit gemacht, so daß beide Parteien sich nun gebärdeten, als ob sie gar nicht daran gedacht hätten, das Mißtrauensvotum abzuschwächen.

Der Reichskanzler, der selbst schon dem Mißtrauensvotum die ihm innewohnende Bedeutung durch eine unzutreffende Auslegung der Geschäftsordnung zu nehmen gesucht hatte, machte ein langes Gesicht, als die Vorwürfe der bürgerlichen Redner, auch der fortschrittlichen, sich wiederum über ihn ergossen, denn er hatte vorher gespottet, daß die sozialdemokratische Fraktion nun isoliert sei. Natürlich gaben ihm die sozialdemokratischen Redner, als letzter Genosse David, den Spott reichlich zurück, da ja nur 54 Abgeordnete nicht für das Mißtrauensvotum gestimmt hatten und hinter der Sozialdemokratie allein über vier Millionen Wähler stehen.

Und so blieb es denn dabei, daß die Regierung resp. der Reichskanzler am Ende der Etatsdebatte mit einer neuen schweren Schlappe abzog. Er hatte sich dafür zu rächen gesucht, daß er auf eine Anpassung des Junkers Westarp über Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie sich aussprach. (Siehe Leitartikel.) Zwar lehnte er es ab, Ausnahmegeetze gegen sozialdemokratische Arbeiter vorzuschlagen, weil er, wie er früher einmal sagte, dafür keine Mehrheit im Reichstage finden würde, aber er meinte, es müsse etwas getan werden, und es werde fleißig daran gearbeitet, etwas zu tun. Im Reichsamt des Innern wird feste Material zusammengetragen, das die Sozialdemokratie reif für den Galgen erscheinen lassen soll. Borerst soll der „Streikterrorismus“ als Mordanschuldigung dienen; dann wird der Boykott als schändliches Verbrechen hingemalt, und dann werden allerhand Schändlichkeiten das übrige besorgen. Der Hansabund soll dann Gevatter stehen, wenn der Wechselbalg von Denkschrift oder Schandfahne, oder wie das Ding sonst heißen soll, aus der Taufe gehoben wird. Die Arbeiter aber werden ihm dann wohl die Hosen anspannen!

Das Gruseligmachen vor der Sozialdemokratie hatte aber nicht den gewünschten Eindruck und so mußten denn die beiden Junker, der Reichskanzler und Westarp, mit verdrossener Miene abziehen. So wurden also in dieser ersten Etatsberatung hauptsächlich Machtfragen verhandelt, hinter denen alles andere verschwand, höchstens das die braunschweigische Machtfrage, d. h. die neue Thronbesetzung noch ein mehr heiteres Zwischenspiel bot, bei dem die Genossen David und Bloch die treffendsten Worte fanden, indem sie die ganze Affäre als eine nicht mehr zeitgemäße behandelten.

Nach der Etatsberatung, die am Freitag schloß, wurde die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die Kommission für Küstungsweifen vorgenommen. Hierbei wurde aufs neue die Machtffrage zwischen Reichstag und Regierung aufgezwängt. Die Regierung hatte den einzelnen Fraktionen zugesagt, daß sie die von ihnen vorgeschlagenen Abgeordneten als Mitglieder der Kommission akzeptieren werde. Als aber die sozialdemokratische Fraktion die Abg. Dieblich und Noske vorschlug, lehnte die Regierung die Wahl ab. Für diese Mißachtung der sozialdemokratischen Fraktion und der dem Reichstag gegebenen Zusage ging Genosse Ledebour mit der Regierung scharf ins Gericht. Auch der Fortschrittler Gothein rügte, daß die Regierung ihre Zusage nicht gehalten habe.

Der stellvertretende Reichskanzler, Staatssekretär Delbrück, kam bei diesem Rekonte stark ins Gedränge, seine Rechtfertigungsversuche wurden vom Genossen Noske scharf gekennzeichnet. Da die Abg. Schiffer, nationalliberal, und v. Camp, Reichspartei, auf den Krupp-Prozess zurückkamen und die Firma Krupp in Schutz nahmen, hielt ihnen Noske alle die freundlichen Gaben unter die Nase, die die Firma Krupp unter den verschiedensten Formen an Militärs und Regierungsvertreter gelangen ließ, auch daß der Marineminister eine Million Mark zu einer Stiftung von der Firma erhalten habe. Noske meinte, es sei nur eine Kleinigkeit von dem, was Krupp vom Reiche genommen habe. Nach der Aufregung dieser Blüte ging der Reichstag in die Ferien.

**Auf allerhöchsten Befehl der Scharfmacher!** Nach dem „Bayerischen Courrier“ sind die Vorbereitungen zu einem Arbeitswilligen-Gesetz im Reichsamt des Innern im Gange. Das Organ des bayerischen Zentrums schreibt, es dürfte angenommen werden, daß ein erheblicher Teil der Bundesregierungen im Bundesrat für ein Arbeitswilligen-Gesetz eintreten wird; Sachsen hatte bereits einen entsprechenden Antrag gestellt.

Also die Reichsregierung sagt der Arbeiterschaft den Kampf an. Wohlan, sie wird uns bereit finden! Und mit Neben allein wird der Krieg nicht geführt werden gegen Gewaltpolitik und ihre Hintermänner, die großkapitalistischen Terroristen.

**Vermehrung der Arbeitslosigkeit von Amts wegen.** Ein erheblicher Verkehrsrückgang veranlaßt die preussische Eisenbahndirektion, die Sparschraube mehr als bisher anzuziehen. In einer von der Eisenbahndirektion Frankfurt an die Dienststellen ergangenen Verfügung wird unter Hinweis auf den eingetretenen Verkehrsrückgang, auf die bereits erfolgte Verminderung der Zahl der Güterzüge und teilweise Umwandlung sonst regelmäßig verkehrender in Bedarfszüge die Erwartung ausgesprochen, daß nun auch die Pospiziffern (das sind die Arbeitskräfte) aus dem gleichen Grunde zurückgehen. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die Bediensteten im unteren Bahnhof- und Abfertigungsdienst, im Lokomotiv- und Zugdienst und um Betriebsarbeiter. Um jeglichem unwirtschaftlichen Personalverbrauch vorzubeugen, werden Neueinstellungen von Arbeitskräften unterbunden. Sollte sich an einer Stelle eine Vermehrung von Arbeitskräften nötig machen, so ist in dem Antrag gleichzeitig anzugeben, an welcher Stelle gleichartige Arbeitskräfte erspart werden können. Reinesfalls darf für einen in den Betriebsdienst zu übernehmenden Strecken- oder Werkstattarbeiter ohne vorherige Genehmigung der Eisenbahndirektion Ersatz eingestellt werden. Auch die durch natürlichen Abgang freiwerdenden Stellen dürfen nicht durch Neueinstellungen, sondern müssen aus vorhandenem Personal ergänzt werden. Sofern sich an irgend einer Stelle Arbeitskräfte oder auch nur Tagewerke ersparen lassen, sind diese alsbald zurückzuführen. Die überzähligen Kräfte sind möglichst an Stellen unterzubringen, bei denen infolge natürlichen Abganges Bedarf eintritt. Lassen sie sich auf diese Weise nicht unterbringen, so werden durch die Arbeiterausgleichs-Betriebsarbeiter werden in die Rote gesteckt, Hilfsarbeiter in die Werkstatt usw. Die Amtsvorstände und die Stellenvorsteher sind strikte angewiesen, der Durchführung dieser Anweisung Folge zu leisten.

So bekämpft die preussische Eisenbahnweisheit die Krise! Herunter mit den Pospiziffern — das ist die Lösung. Natürlich in den oberen Stellen, so in der Nähe des Direktors, kann man kein einziges „Tagewerk“ entbehren, sonst würden die Aktienbündel nicht das richtige Gewicht erreichen.

**Keine Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung.** Gegenüber der Meldung, die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente vom 70. auf das 65. Lebensjahr soll demnächst herabgesetzt werden, bezieht man sich, die Dementiersprüche anzulegen. Offiziös wird mitgeteilt, in absehbarer Zeit werde eine solche Vorlage nicht an den Reichstag gelangen. Weiter wird begründend ausgeführt: „Nach dem Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat im Laufe des Jahres 1915 die gesetzlichen Vorschriften über die Altersgrenze dem Reichstage zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen. Als der Reichstag diesen Beschluß faßte, wurde der Wunsch ausgesprochen, daß für die Prüfung der Frage auch noch die Ergebnisse des Jahres 1915 berücksichtigt würden. Bevor also diese Ergebnisse nicht vorliegen, kann an eine Prüfung der Frage überhaupt nicht herangetreten werden. Die Ergebnisse des laufenden Jahres werden aber naturgemäß erst nach Monaten abgeschlossen vorliegen. Es ist infolgedessen nicht einmal wahrscheinlich, daß dem Reichstage in der nächsten Wintertagung 1914/15 eine Denkschrift für die Herabsetzung der Altersgrenze zugehen wird. Frühestens im Spätherbst 1915 wäre daran zu denken.“

Nun können gewisse Kreise wieder beruhigt sein — und die Veteranen der Arbeit können weiter darben.

**Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien.** Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine vom Bundesrat auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung erlassene Verordnung, die die Verwendung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern zu bestimmten Vorrichtungen in Ziegeleien und Anlagen zur Herstellung von Dinassteinen, Schamottesteinen und Schamotteerzeugnissen verbietet. Die Verordnung tritt am 1. Januar 1914 an Stelle der Verordnung vom 15. November 1903 in Kraft, deren Inhalt durch die neue Verordnung etwas erweitert wird. Der wesentlichste Inhalt der jetzt erlassenen Bundesratsverordnung geht dahin:

„In Ziegeleien und Anlagen zur Herstellung von Dinassteinen, Schamottesteinen und anderen Schamotteerzeugnissen dürfen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden:

a) bei den Abraumarbeiten, bei der Gewinnung, der Verladung und der Beförderung der Rohstoffe einschließlich des eingemauerten Hofes;

b) bei der Handformerei (dem Streichen oder Schlagen) der Steine mit Ausnahme von Dachziegeln (Dachpfannen) und von Wandsandsteinen (Schwemmsteinen);

c) bei der Beförderung von Kohlen in Schiefstarren auf die Dafen, beim Befeuern der Dafen und bei allen Arbeiten in Dafen einschließlich der Erbringenden, jedoch mit Ausnahme des Füllens und Entleerens der oberen offenen Schamotteöfen;

d) bei der Beförderung geformter (auch getrockneter und abgetrockneter) Steine, soweit diese nicht durch Abtragen

von Sand oder mittels Tragbrettern, oder in Rollwagen, die auf einem festverlegten, waghrechten Gleise oder auf einer Hängebahn laufen, erfolgt.“

**Die Opposition der Christen gegen die Scharfmacher.** Auffallend radikale Töne, wie sie seit langen Jahren in der katholischen Presse nicht gehört wurden, schlägt die „Katholische Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ in ihrer jüngsten Nummer an. Sie schreibt:

„Zwar behauptet man bei der Großindustrie, den Mittelhandelskreisen und den Agrariern, der Kampf gelte der Sozialdemokratie, aber unsere industriellen und agrarischen Scharfmacher bezeichnen jede Arbeiterbewegung, die bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen anstrebt, als sozialistisch. Wer ihnen an die Geldbörse geht, wird als Sozialist und Staatsfeind gebrandmarkt.“

Dann heißt es weiter: „Es ist in den nächsten Jahren mit einer Verschärfung der sozialen und politischen Kämpfe zu rechnen. Die christlich organisierte Arbeiterschaft wird auch in Zukunft bei der Vertretung ihrer Interessen die gemeinsamen Volksinteressen im Auge behalten. Für die nächste Zukunft wird man der Ansicht sein, daß das Volksinteresse dann am besten gewahrt wird, wenn die Arbeiterschaft ihre Interessen entschieden betont und mit allen erlaubten Mitteln energisch durchzusetzen versucht.“

Wir werden wohl Gelegenheit bekommen, die Christlichen an diese Worte zu erinnern.

**Kommunen und Arbeitslosenfürsorge.** Eine stadttraktliche Vorlage auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Muster der Mannheimer Arbeitslosenfürsorge löste im Heidelberger Bürgerausschuß heftige Debatten aus. Alle Unternehmerorganisationen und Mittelstandsvereinigungen hatten in Eingaben und Protestversammlungen den Bürgerausschuß bestritten, doch ja die Vorlage ablehnen zu wollen. In der Abstimmung fielen 54 Stimmen für und 54 Stimmen gegen die Vorlage. Der Bürgermeister hatte den Stichtscheid zu geben, der die Vorlage votierte und diese damit rettete.

In Bayreuth hatten Gewerkschaftskartell und Sozialdemokratischer Wahlverein gemeinsam beim Magistrat den Antrag gestellt, Mittel für Notstandsarbeiten bereitzustellen und eine Arbeitslosenversicherung einzuführen. Der Magistratsreferent erklärte sich „außerstande“, irgendwelche Vorschläge machen zu können. Mit der Arbeitslosenversicherung könne die Gemeinde nicht bahndrehend vorgehen, solange der Staat die Taschen zuhalte. Zuletzt verwies er darauf, daß die Stadt 2500 M für Speisung armer Schulkinder ausgeworfen habe, die doch auch den ärmeren Schichten zugute kämen. Die liberalen Stadtväter konnten es sich natürlich bei dieser Gelegenheit nicht verkneifen, ihrem Haß gegen die Arbeiterschaft Luft zu machen. So meinte Steingraber, der berühmte Pianofortefabrikant, die Arbeiter sollten ihre „Leblichkeit“ und „Bergnügungssucht“ einschränken. Eine Kommission soll die Fragen prüfen — das war das einzige Ergebnis der Debatten.

Mit ganz besonderer Rücksichtslosigkeit ist die Königsberger Stadtverwaltung über die Not der Arbeitslosen hinweggegangen. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion forderte die Einsetzung einer Kommission, die über die Frage der Arbeitslosenversicherung beraten sollte. Doch davon wollte man nichts wissen. Es wurde erklärt, die Arbeitslosenversicherung müsse vom Reich geschaffen werden. Die kommunale Arbeitslosenversicherung hätte sich bisher nirgends bewährt. In Königsberg gebe es überhaupt keine große Arbeitslosigkeit und es sei auch auf Jahre hinaus keine zu erwarten!

**Für die Arbeitslosen Berlins** sind bisher schon 101 205,40 M zusammengekommen. Ein Beweis dafür, wie schnell und freudig die Parteigenossen sowohl wie die Gewerkschaftler ihren arbeitslosen Brüdern Hilfe bringen wollen, um der äußersten Not zu steuern.

**Arbeitslosenversammlung in Frankfurt a. M.** In Frankfurt a. M. stellte eine von 1500 Arbeitslosen besuchte Versammlung an die Stadtverwaltung das Verlangen, sofort möglichst viel Arbeitsgelegenheit zu schaffen und für die Unterstützung der Arbeitslosen einen größeren Betrag aus Mitteln der Stadt zur Verfügung zu stellen.

Trotzdem schon im Sommer d. J. die sozialdemokratischen Stadtverordneten den Magistrat um Vorbereitung von Maßnahmen ersucht haben, die zur Linderung der Not der Arbeitslosen beitragen, ist der Magistrat bis heute mit keiner Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung gekommen. — Die Arbeitslosigkeit hat auch in Frankfurt a. M. einen außerordentlich großen Umfang angenommen.

## Berichte.

**Sodenhelm.** Am 6. Dezember fand unsere Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Parteibericht; 3. Wahl der Agitationskommission; 4. „Volksfürsorge“; 5. Verschiedenes. Die Abrechnung vom dritten Quartal verlos Kollege Meßger. Daraus sei folgendes wieder gegeben: die Einnahme betrug 3800,74 M, die Ausgabe (2400 M) wurden an den Vorstand (gekauft) betragen 3778,18 M; demnach bleibt ein Kassenbestand von 31,56 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 928,40 M, die Ausgaben 712,98 M; mithin bleibt ein Kassenbestand von 215,42 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 583, davon weiblich 344. Da zu der Abrechnung niemand das Wort nimmt, wird dem Kassierer auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt. Den Parteibericht gab Kollege Feineis. Sein Bericht erstreckt sich über 5 Sitzungen. In der Hauptsache befaßten sich die Sitzungen mit den Ortskrankenkassen, welche für die organisierte Arbeiterschaft an unserm Orte von großer Bedeutung ist. Bei Beratung der Arbeitslosenfürsorge wurde beschlossen, eine öffentliche Volksversammlung abzuhalten. Über den Bericht entwickelte sich eine lebhafteste Debatte, an der sich die Kollegen Reichelt, Sommer, Rittaler, Wolf, Kraus und Meßger beteiligten. Kollege Kraus hätte gewünscht, daß auch weibliche Mitglieder als Vertreter mit auf die Vorschlagsliste zur Ortskrankenkassenwahl gekommen wären. Die übrigen Redner kritisierten die Taktik, die das Parteileitung eingeschlagen hat. Es sei nicht richtig, daß man mit dem Angriff in der Öffentlichkeit auf die Gegner wartet. Es hätte in der Presse schon längt der Anfang mit der Agitation gemacht werden müssen, das nur noch 14 Tage vom Wahltag trennen. Kollege Meßger hält es für erfreulich, daß sich die Kollegen rege an der Debatte beteiligen, nur hätten sich die Kollegen in den vorher stattgefundenen



## Uebertrittsbedingungen für ausländische Mitglieder.

Mitglieder aus ausländischen Tabakarbeiterorganisationen, die dem Internationalen Sekretariat der Tabakarbeiter angehören, können, sofern sie nach Deutschland zu reisen und hier zu bleiben gedenken, zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband übertreten. Der Uebertritt erfolgt unter folgenden Bedingungen:

1. Die zum Uebertritt sich meldenden Mitglieder müssen ihre Mitgliedschaft in der Organisation, der sie zuletzt angehörten, bis zur Abreise nach Deutschland erfüllt haben. Zu diesen Mitgliedschaftspflichten gehört u. a. die Erfüllung der Beitragspflicht und die Abmeldung der Abreise nach Deutschland.

Die Ausweise über Mitgliedschaft und Beitragsleistung und Abmeldung nach Deutschland müssen von den zureisenden ausländischen Mitgliedern erbracht werden. Solchen zureisenden ausländischen Mitgliedern, die diese Ausweise nicht haben oder die sich ungenügend legitimieren, ist der Uebertritt zu verweigern.

2. Die Anmeldung zum Uebertritt in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband muß innerhalb der ersten Woche der ausgenommenen Beschäftigung erfolgen; spätere Anmeldungen zum Uebertritt bleiben unberücksichtigt.

Auch kann der Uebertritt zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband erfolgen, wenn ein solches Mitglied noch keine Arbeit hat. In letzteren Fällen muß die Anmeldung zum Uebertritt innerhalb der ersten Woche und zwar vom Tage der Reise an gerechnet, erfolgen.

Alle Anmeldungen zum Uebertritt sind bei dem ersten Bevollmächtigten derjenigen Zahlstelle anzubringen, wohin die Reise erfolgt, resp. beim Verbandsvorstande, sofern das zugereifte Mitglied sich an einem Orte aufhält, wo sich keine Zahlstelle des Verbandes befindet. Ist die Anmeldung zum Uebertritt bei einem Bevollmächtigten erfolgt, so übernimmt dieser die Pflicht, die Anmeldung zum Uebertritt mit Beifügung der ausgedruckten Legitimationen dem Verbandsvorstande einzusenden. Erfolgt jedoch die Anmeldung zum Uebertritt durch ein zugereiftes Mitglied selbst, so hat dieses die Pflicht, die notwendigen Legitimationen dem Verbandsvorstande einzusenden.

Der Verbandsvorstand entscheidet über den Antrag zum Uebertritt in den Verband. Wird der Antrag zum Uebertritt in den Verband anerkannt, dann wird dem Mitgliede vom Verbandsvorstande ein deutsches Mitgliedsbuch ausgestellt und dem Mitgliede zugestellt; die Bevollmächtigten dürfen für ausländische Mitglieder beim Uebertritt in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband kein Mitgliedsbuch ausstellen. Das Gleiche gilt für die Ausstellung von Wanderkarten.

Solche ausländische Mitglieder, die zum Verbands übertreten, bevor sie in Arbeit getreten sind, erhalten, wenn die ununterbrochene Mitgliedschaft zum Bezüge von Erwerbslosenunterstützung berechtigt, zugleich eine Wanderkarte ausgestellt. In diesen Fällen wird dem Mitgliede die Wanderkarte zugestellt, während das Mitgliedsbuch im Besitze des Verbandsvorstandes so lange verbleibt, bis das Mitglied in Arbeit getreten ist.

Alle bei der Anmeldung zum Uebertritt eingeleiteten Organisationsausweise sind der Organisationsleitung derjenigen ausländischen Organisation zuzusenden, von welcher sie ausgestellt wurden.

Die Bestimmungen des Abs. 1 und der Abs. 3 bis 5 gelten auch für solche Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, die ins Ausland reisen und nach Deutschland zurückkehren und sich zum Uebertritt in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband anmelden.

Der Uebertritt ausländischer Mitglieder zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband erfolgt ohne Zahlung eines Eintrittsgeldes und mit Anrechnung der zurückgelegten ununterbrochenen Mitgliedschaft.

Mit dem Uebertritt der ausländischen Mitglieder und der Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, die in das Ausland reisen und nach Verlauf eines Jahres zurückkehren, erwerben diese die für die Mitglieder der ersten Beitragsklasse im Statut vorgesehenen Rechte auf Erwerbslosenunterstützung, sofern sie mindestens 52 Wochen ununterbrochen organisiert sind und mindestens 52 Beiträge geleistet haben. Die Beitragspflicht solcher Mitglieder im Deutschen Tabakarbeiter-Verband ist nach den Bestimmungen des § 3 des Statuts zu regeln.

An alle ausländischen Mitglieder, die zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband übertreten, darf die Erwerbslosenunterstützung erst vom 7. Wochentage der vollzogenen Anmeldung an gerechnet gezahlt werden.

Solche Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, die in das Ausland reisen und innerhalb eines Jahres zurückkehren, sind derjenigen Beitragsklasse wieder einzugliedern, der sie angehörten bei der Abreise in das Ausland.

Ausländische Mitglieder, die nach Deutschland zu reisen, unterstehen den Bestimmungen der bestehenden Arbeitsnachweise.

Vorstehende Bestimmungen treten am 1. Januar 1914 in Kraft.

Der Vorstand: E. Deichmann.

## Die neuen Bestimmungen über die Hausarbeit in der Tabakindustrie.

### III.

Was haben uns nun die neuen Bestimmungen gebracht? Sind sie geeignet, die schlimmsten Auswüchse der Heimarbeit in der Tabakindustrie zu beseitigen? Im allgemeinen möchten wir mit einem Achselzucken antworten.

Gewiß, die Bestimmungen lesen sich sehr gut, und wer die Dinge nicht kennt, mag auch glauben, daß uns Zeichen und Wunder geschehen werden. Eine Reihe der Anordnungen ist auch durchaus geeignet, ihren Zweck zu erfüllen, wenn sie konsequent durchgeführt werden möchten. Ja, wenn! Man merkt es auch diesen Bestimmungen wieder an, daß es mit ihrer strengen Durchführung noch nicht so große Eile haben soll. Zunächst treten diese bundesrätlichen Bestimmungen erst mit dem 1. Juli 1914 in Kraft. Bis dahin ist eine lange Zeit; und wenn wir auch annehmen, daß die Frist gewährt worden ist, um eine gewisse Uebergangszeit zu schaffen, um Gelegenheiten zu geben, sich auf die Anordnungen vorzubereiten, so müssen wir doch unsere Verwunderung darüber ausdrücken, wenn der § 14 der Bestimmungen gestattet, daß die unteren Verwaltungsbehörden (also die Polizeibehörden) für jene Werkstätten, die bei Erlaß der Bestimmungen bestehen, Ausnahmen zulassen können, und zwar, soweit die Anordnungen des § 3 in Frage kommen, bis zum 1. Januar 1919, bezüglich § 4 bis zum 1. Januar 1916. Diese beiden Paragraphen enthalten nach unserer Meinung die wichtigsten, das heißt die in das Hausarbeiterleben am tiefsten eingreifenden Anordnungen. Uns will bedünken, daß man mit dem § 14 die eigentliche Wirkung der Bestimmungen vom 17. November auf Jahre hinaus illusorisch macht. Zur Anpassung hätte die Zeit bis zum 1. Juli 1914, dem Tage des Inkrafttretens, genügt. All die vielen Tausende von Hausarbeiterwerkstätten, deren sanitäre Mangelhaftigkeit doch erst dem Bundesrat die Notwendigkeit der Bestimmungen zur Pflicht machten, sollen in der Hauptsache in der alten Weise bis zum 1. Januar 1919 erhalten bleiben! Freilich, es werden hier und da Hausarbeiter auscheiden, es werden neue kommen, die den Bestimmungen dann sofort Rechnung tragen müssen. Aber wie viele werden es denn sein? Da auch der Wechsel des Hausarbeiters mit seinem Fabrikanten auch noch keine Nachachtung der bundesrätlichen Bestimmungen bis zum 1. Januar 1916 bezw. bis 1. Januar 1919 erforderlich macht, bleibt also in der Hauptsache auf Jahre hinaus beim alten.

Auch sonst sind die Bestimmungen vom 17. November mit Ausnahmen noch reichlich genug durchlöcherter. Im § 11 heißt es, daß die höheren Verwaltungsbehörden (Bezirksregierungen, Oberämter usw.) für ihren Bezirk oder einzelne Teile desselben Ausnahmen von der Bestimmung über die Höhe des Arbeitsraumes zulassen können, wenn diese Bestimmung nach der Beschaffenheit der vorhandenen Gebäude ohne verhältnismäßige Härten nicht durchgeführt werden kann. Also das gilt nicht nur bis 1. Januar 1919, sondern auch für die spätere Zeit. Wir haben gewiß nicht die Absicht, dafür einzutreten, daß den Hausarbeitern, um die nötige Höhe des Arbeitsraumes zu schaffen, Summungen gestellt werden, die sie zu erfüllen kaum oder garnicht imstande sind. Wir denken an die vielen Hausarbeiter, die in ihren, meistens nach dörflichen Verhältnissen gebauten Häusern Zigarren machen. Wollen wir aber die Ausnahme des § 11 gelten lassen, die doch für dauernd festgesetzt ist, weshalb dann aber die lange Hinausschiebung des Inkrafttretens der §§ 3 und 4?

Ferner gestattet § 12 den höheren Verwaltungsbehörden, Ausnahmen von den Bestimmungen über die Höhe und den Mindestluftstrom unter der Voraussetzung, daß die Räume mit einer wirksamen Einrichtung zur Herbeiführung eines ausreichenden Luftwechsels versehen sind; auch für den Fall, daß auf die in einem Arbeitsraum beschäftigten Personen mehr als je 7 bezw. 10 cbm Luftstrom kommen, können Ausnahmen von der sonst geforderten Höhe von 2½ m zugelassen werden. Schließlich können die unteren Verwaltungsbehörden für diejenigen Werkstätten, in welchen ausschließlich das Einrollen fertiger Wickel vorgenommen wird, Ausnahmen zulassen von der Bestimmung des § 4, der das Arbeiten und Lagern von Tabak in Schlafräumen verbietet. Es müssen dann aber die Vorschriften des § 5 (Lagern von Tabak und Halbfabrikaten) beachtet werden. Wir sehen also, daß es an Ausnahmen nicht mangelt. Das ist im Interesse der hygienischen Zustände in der Hausarbeit in der Zigarrenindustrie und der Volksgesundheit zu bedauern. Man urteile, ob unter solchen Umständen die Hinausschiebung der generellen Anwendung der Bestimmungen bis zum 1. Januar 1919 gerechtfertigt ist.

Außerdem darf nicht vergessen werden, daß es in der Praxis ohnehin an dem nötigen Willen und Können mangelt, die Durchführung der Bestimmungen zu überwachen. Die Gewerbeinspektionen, sowie überlastet, werden nicht in der Lage sein, die Kontrolle in genügendem Maße auszuüben; und ob die Polizeibehörden ausreichend kontrollieren können, dürfte noch sehr zweifelhaft sein. Zwar ist die Meldung der Werkstätten der Hausarbeit vorgesehen, aber man darf sich nicht verhehlen, daß mitunter auch nicht gemeldet wird, so daß es schon schwer fallen dürfte, die Zahl der Hausarbeiter überall voll zu ermitteln.

Was will man denn nun mit der Durchlöcherung durch Ausnahmen und mit der Hinausschiebung des Inkrafttretens der hauptsächlichsten Bestimmungen auf den 1. Januar 1919 bezwecken? Neben der Frage des Arbeitsschutzes läuft das Prinzip einher, nur nicht die Unternehmer zu treffen. Die Gesetzgebung darf nichts beschließen, was etwa den Profit zu schmälern geeignet wäre. Nun bedeuten zwar die bundesrätlichen Bestimmungen wirtschaftlich eine Belastung der Hausarbeiter. Die sofortige strenge Durchführung würde nun diese Belastung dem Hausarbeiter deutlich fühlbar machen; er würde sich entweder der Hausarbeit ent-

ziehen, oder er würde für die höhere Belastung eine Entschädigung in dringlicher Weise verlangen. Beides wünscht aber der Bundesrat und auch sonst die Gesetzgebung dem Unternehmer nicht anzutun. So ist es also notwendig, die Sache in der Praxis so langsam als möglich sich vollziehen zu lassen; denn dann merken es die Hausarbeiter nicht, oder doch nicht so deutlich, behalten weiter ihre Hausarbeit und stellen keine Lohnforderungen. Die Ausbeutungsfreiheit des Fabrikanten ist also in keiner Weise gestört und dem Hausarbeiter werden neue Lasten zu seinen übrigen aufgeschuldet.

Wir haben im vorigen Artikel davon gesprochen, daß dem Schutz der Gesundheit der Lohnschutz, d. h. der wirtschaftliche Schutz, parallel laufen müsse. Erst recht muß das natürlich der Fall sein, wenn dieser sanitäre Schutz den armen Hausarbeitern eine weitere wirtschaftliche Belastung bringt. Oder zweifelt noch ein Hausarbeiter daran, daß die Bestimmungen vom 17. Dezember, wenn sie ernsthaft durchgeführt werden, ihm keine Lasten aufbürden? Die Frage der Hygiene ist bei Arbeitern nämlich gleichzeitig eine Wohnungsfrage. Gibt aber das Gesetz ihm keinen Schutz nach dieser Richtung, so muß sich der Hausarbeiter selbst schützen und seine neuen Lasten auf den Unternehmer durch rechtzeitige Lohnforderungen abwälzen suchen. Dazu ist allerdings die Organisation der Deutschen Tabakarbeiter-Verband nötig; denn ohne diese Rückenstärkung wird der Hausarbeiter seine Sorge weiter tragen müssen.

## Kirche und Gewerkschaften in Deutschland.

### VI.

Die christlichen Gewerkschaften sind in Deutschland mit großen Hoffnungen und Erwartungen ins Leben getreten. Entstanden zu einer Zeit, wo alles sich gegen die Sozialdemokratie rüstete, hinter sich die starke Partei des Zentrums und die noch stärkere Macht der Kirche, im Besitz eines Programms, das allen Ordnungsparteien und Umsturzfürsaken gefallen mußte, machten sich die Führer der christlichen Gewerkschaften auf einen gewaltigen Siegeszug ihrer Verbände gefast. Sie sahen sich im Geiste schon an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung, deren Masse aus den christlich organisierten Arbeitern bestehen sollte, während die Sozialisten froh sein durften, im Gefolge dieser Masse gebuddelt zu werden. Diese Hoffnungen und Berechnungen sind ja nun arg getäuscht worden. Das Umgekehrte ist eingetroffen. Den Kern und die Masse der deutschen Arbeiterbewegung bilden die sozialistischen Verbände mit ihren 2½ Millionen Mitgliedern, neben denen die christliche Bewegung mit ihren 350 000 Mitgliedern sich wie ein kleines, vereinsamtes und verlorenes Häufchen ausnimmt. Und der zahlenmäßige Abstand zwischen den beiden Bewegungen nimmt immer mehr zu. Wo die christliche Bewegung um 10 000 Mitglieder wächst, da wächst die sozialistische um 100 000 und mehr.

Die deutschen Arbeiter haben erkannt, was mit den christlichen Gewerkschaften los ist. Sie wissen, daß diese Verbände unter der Herrschaft rückgrifflicher und volksfeindlicher Mächte stehen; der Bergarbeiterausstand und mehrere Vorkommnisse ähnlicher Art haben sie gelehrt, daß in den Reihen der christlichen Organisationen der Streikbruch und schmählicher Arbeiterverrat heimisch ist. Deshalb bleibt der ausländische und verständige Teil der deutschen Arbeiter diesen Verbänden fern und überläßt sie jenen überheblichen und verblendeten Leuten, die ihre Feinde für ihre Freunde ansehn. Die christlichen Gewerkschaften haben nun allgemach eingesehen, was für eine armselige Rolle sie spielen. Um so größer ihre Wut auf die sozialistischen Verbände. Im allgemeinen können sie diesen zwar nichts anhaben, aber leider sind sie in einzelnen Gegenden und Berufen, wie bei den Bergarbeitern und den Textilarbeitern infolge ihrer Stärke doch noch in der Lage, etwaigen Lohnkämpfen gefährlich zu werden, wie das bei dem Bergarbeiterausstand der Fall war. Da die christlichen Verbände unter den freien Arbeitern nichts mehr zu gewinnen haben, so haben ihre Führer, um den Ausfall wettzumachen, das Augenmerk auf die in öffentlichen Betrieben angestellten Leute gerichtet. Man muß wissen, daß die Reichsregierung wie die Behörden in Preußen, Sachsen und anderen Bundesstaaten weder den Beamten noch den in staatlichen Werkstätten tätigen Arbeitern das Koalitionsrecht gewähren, mindestens aber strenge darauf sehen, daß die staatlichen Angestellten und Arbeiter nicht den sozialistischen Verbänden angehören. Auf diese dem behördlichen Kommando unterstehenden Leute haben es die christlichen Führer abgesehen, und da deren Zahl bei der großen Ausdehnung öffentlicher Betriebe in Deutschland sehr ansehnlich ist, so wäre das allerdings eine Gelegenheit für sie, aus diesen Kreisen die Reihen ihrer Bewegung zu füllen. Sie bedürfen dazu zweierlei: Erstens die Erlaubnis der Behörden, die Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Betriebe unter christlicher Flagge zu organisieren. Um diese Erlaubnis zu erhalten, haben sie für die Verbände dieser Leute auf das Streikrecht verzichtet, das heißt, das Koalitionsrecht preisgegeben. Zweitens bedürfen sie dazu die Unterstützung der Regierung insofern, als diese ihnen die Konkurrenz vom Leibe hält, das heißt, den Angestellten und Arbeitern der öffentlichen Betriebe nach wie vor untersagt, sich den sozialistischen Verbänden anzuschließen. Beides ist die Regierung zu bewilligen bereit, wofür dann die christlichen Gewerkschaften gute Gesinnung und Wohlver-



halten geloben mußten. So wäscht hier eine Hand die andere. Regierung und christliche Gewerkschaften haben sich in beiderseitigem Interesse zusammengefunden, um weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft ihre Selbstbestimmung, ihr Koalitionsrecht, ihr Streikrecht zu nehmen. Man versteht bei diesem trauten Verhältnis, daß die Regierung sich in Rom bemüht, um den Papst an dem Verbot der christlichen Gewerkschaften zu hindern, und daß andererseits die christlichen Gewerkschaftsführer beim letzten Bergarbeiterausstand auf die Seite der Arbeitertruppen traten und mit der Regierung bemüht waren, den Streik in Volk und Soldaten zu erlösen. Die christlichen Gewerkschaftsführer zählen zu den ärgsten Gegnern gegen das Koalitionsrecht der öffentlichen Angestellten und Arbeiter. In Bayern war bisher den Arbeitern der staatlichen Eisenbahnbetriebe bezüglich der Organisation, der sie sich anschließen wollten, kein Hindernis in den Weg gelegt. Als nun die bayerischen Eisenbahnarbeiter von diesem Recht Gebrauch machten und sich zahlreich dem auf moderner Grundlage beruhenden Eisenbahnverbande anschlossen, da kamen die christlichen Gewerkschaftsführer und die führenden Leute der bayerischen Zentrumspartei, benutzten diesen Verband als sozialdemokratisch und forderten von der bayerischen Regierung, daß dieser Verband verboten würde. Die Regierung hat diesem Ansinnen lange widerstanden. Als dann aber mit dem Zentrumsführer Hertling als Ministerpräsidenten eine echt kirchliche Regierung in Bayern an die Ruder kam, da war das Schicksal des Eisenbahnverbandes besiegelt. Es half nichts, daß er unter dem Zwange der Not und zur Verhinderung seiner Auflösung erklärte, auf das Streikrecht zu verzichten. Die Regierung verfügte, daß kein Angestellter und Arbeiter der bayerischen Verkehrsverwaltung dem genannten Eisenbahnverbande angehören darf, und um volle Arbeit zu machen, behnt die Regierung das Verbot auch auf die beiden sozialistischen Verbände der Metall- und Transportarbeiter aus. Und die Presse des Zentrums und der ganze Chorus der christlichen Gewerkschaftsführer klacht Beifall zu der unerhörten Entrechtung der bayerischen Arbeiter!

Die christlichen Gewerkschaftsführer treiben gegenwärtig unter dem dreifachen Einfluß von Kirche, Zentrum und Regierung die ärgste Gewaltpolitik gegen die andersdenkende Arbeiterschaft. Man kann nur annehmen, daß die Leute sich in einem Zustande der Verzweiflung befinden, daß sie sich vor der sozialistischen Uebermacht nicht anders zu retten wissen, als durch Gewaltmittel, die jeder Solidarität, jedem proletarischen Bewußtsein ins Gesicht schlagen. Selbstverständnis nützt ihnen das nicht. Eine Bewegung, die von der Beugung des Rechts, von Streikbruch und Arbeiterverrat lebt, hat ihr Dasein verwirkt. Auf diese Arbeiterverräter trifft das Wort zu, das jüngst ein Führer der rein katholischen Organisationen gesprochen hat:

„Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist eine innere Unwahrheit und deshalb wird sie, wie jede Unwahrheit, an sich selber zugrunde gehen müssen.“

Wie die Rundreise und die Vorträge beweisen, die der kirchliche Abgeordnete und christliche Gewerkschaftsführer Giesberts in Amerika veranstaltet hat, soll die Politik des Zentrums, des katholischen Volksvereins und der christlichen Gewerkschaften nach den Vereinigten Staaten exportiert werden. Mit der Einführung von sozialen Kursen und Studiengruppen fängt man an, dann wird die Gründung von katholischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften folgen, und schließlich hat Amerika die ganze Herrlichkeit der kirchlichen Politik, wie sie in Deutschland herrscht. Wir fühlen uns nicht berufen, den Bürgern der Vereinigten Staaten politische Ratschläge zu geben. Aber auf Grund unserer Erfahrungen in Deutschland, der Heimat der christlichen Arbeiterbewegung, halten wir es doch für unsere Pflicht, die amerikanischen Arbeiter zu warnen vor den Sendboten der christlichen Gewerkschaften. Diese Organisationen sind in Deutschland geschaffen worden, um die Arbeiterbewegung zu zersplittern und zu schädigen; sie stehen vollständig unter dem Einfluß arbeitserföndlicher Mächte und riskieren ihr Dasein nur dadurch, daß sie bereit sind, die Bestrebungen der sozialistischen Arbeiterbewegung zu durchkreuzen und beipassen. Der Gelegenheit ihren kämpfenden Klassegenossen in den Rücken zu fallen. Wir haben den Wunsch, unsere amerikanischen Brüder vor den

bösen Erfahrungen zu behüten, die wir in Deutschland mit den christlichen Gewerkschaften haben machen müssen. Und zu diesem Zwecke raten wir ihnen, den „christlichen“ Sendboten höflich aber entschieden die Tür zu weisen.

## Mitteilungen aus dem Beruf

**Herabsetzung der Steuer auf inländischen Tabak.** Dem bayerischen Landtag liegt ein Antrag des Abgeordneten Dietrich vor, nach welchem die bayerische Regierung ersucht werden soll, im Bundesrat Maßnahmen zu beantragen, die den erschwerten Absatz von Inlandtabak erleichtern. Als eine solche Maßnahme wird die Herabsetzung der Inlandsteuer betrachtet. Tatsächlich geht der deutsche Tabakbau immer mehr zurück, wie wir es mehrfach dargestellt haben. Selbst die hohe Wertsteuer auf ausländischen Tabak hat die deutschen Tabakbauern nicht zu retten vermocht. Der Raucher lehnt eben das deutsche Kraut ab, zumal es in den letzten Jahren noch auf einen Preis gedrückt wurde, der es nicht mehr als wohlfeil im Verhältnis zu den billigen Auslandstabaken erscheinen ließ. Die Südb. Tabakzeitung fürchtet nicht mit Unrecht, daß die Reichsregierung, wenn sie sich mit dem Antrage beschäftigt, leicht die ganze Frage der Tabakbesteuerung, im fiskalischen Interesse natürlich, aufrollen könnte.

**Lohnkampf oder Schiebung?** In Nr. 49 des Tabak-Arbeiter war eine der Mannheimer Volksstimme zugegangene Meinungsäußerung über das Vorgehen des christlichen Tabakarbeiterverbandes gegen die unterbayerischen Zigarrenfabrikanten abgedruckt. Es wurde der Ansicht Raum gegeben, daß die Bewegung nur als Wahlmanöver gemacht sei zu dem Zweck, der Zentrumspartei die Zigarrenarbeiter als Wähler zuzutreiben. Wir haben zwar die Verurteilung der Volksstimme abgedruckt, hatten aber keine Veranlassung, unsere Meinung dazu zu sagen, bevor nicht die offizielle Zeitung des christlichen Verbandes sich dazu geäußert hat. Nun hat am 7. Dezember in Heidelberg eine Bezirkskonferenz des christlichen Tabakarbeiterverbandes stattgefunden. Dort wurde, wie wir dem „Pfälzer Boten“, einem Zentrumblatt, entnehmen, eine Resolution angenommen, die den Vorwurf der Schiebung zurückweist. Sie lautet:

Die heute, den 7. Dezember, in Heidelberg zu einer Bezirkskonferenz versammelten Bezirksvorstandsmitglieder und Delegierten der einzelnen Ortsgruppen und Zigarrenfabrikanten des Tabakarbeiterverbandes, der Pfalz und Oberhessens wählten die Unterstellungen der sozialdemokratischen Mannheimer „Volksstimme“, wonach die eingeleitete allgemeine Lohnbewegung nicht als Hauptzweck die Erzielung eines höheren Lohnes und Verbesserungen im Arbeitsverhältnis hätte, sondern der Hauptzweck in parteipolitischen Motiven und aus Mangel an Agitationsstoff zu suchen sei, mit Entschiedenheit zurück. Die „Volksstimme“ kann mit keinerlei Gründen ihre Behauptungen beweisen. Die Konferenz bedauert daher auch auf das entschiedenste diese gemeine Kampfmethode, durch die lediglich die berechtigten Bestrebungen der Tabakarbeiter unterbunden und die notwendigen Verbesserungen in Frage gestellt werden. Um all diesen verabschiedenden Behauptungen den Boden zu entziehen, erklärt die Konferenz ausdrücklich, daß die Bewegung nur eingeleitet worden ist und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln weitergeführt wird, um durch dieselbe die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Zigarrenindustrie zu ermöglichen; die Bewegung ist und bleibt eine ehrlich gemeinte. Die Konferenz appelliert an alle Tabakarbeiter, diese Bestrebungen durch Beitritt zur Organisation zu unterstützen.

Wir nehmen von dieser Resolution gebührend Notiz und glauben gern, daß die Konferenz der christlichen Meinung war, daß die Bewegung hauptsächlich im Interesse der Tabakarbeiter eingeleitet worden ist; aber daß nun schon eine Fuzi an die Mannheimer Volksstimme in der Lage war, die „berechtigten Bestrebungen der Tabakarbeiter zu unterbinden und die notwendigen Verbesserungen in Frage zu stellen“, läßt eigentlich den Schluß zu, daß es mit dieser Bewegung von Anfang an recht man gewelsen sein muß. Eine starke Sache kann nicht von einigen Zeilen der „Volksstimme“ umgeblasen werden. Aber die Christen dürfen doch froh sein, daß sie nun Gelegenheit haben, in heller Entrüstung zu machen. Es hat doch die Geschichte einiges Ansehen bekommen. Auf diese Art kam auch die Konferenz zu der christlichen Meinung.

**Tabakrauchen und Nervenverfallung.** Unter den vielen Sünden, die dem Nikotin zugeschrieben werden, sind besonders zwei recht bedenklicher Art. Die eine besteht in seiner Wirkung auf das Herz, das bei leidenschaftlichen Rauchern in den gefährlichsten Zustand des sogenannten Tabakherzens übergeht, die andere in einer nicht weniger verhängnisvollen Wirkung auf die Füße, die der Ver-

kalkung anheimfallen. Man darf nun diese Gespenster auch nicht zu ernst nehmen. Bestraft wird hier wie überall nur der eigentliche Mißbrauch, nicht aber der mäßige Genuß. Allerdings kann für einen schwächlichen Menschen daselbst schon eine Unmäßigkeit bedeuten, was ein gesunder ohne Schaden leisten kann. Der Zusammenhang des Tabakrauchens mit der Nervenverfallung ist überdies noch immer nicht ganz sicher gewesen, zumal diese Art der Erkrankung eine der gewöhnlichsten Alterserscheinungen ist, der auch unzählige Menschen verfallen, die nie in ihrem Leben eine Zigarre, eine Zigarette oder eine Pfeife geraucht haben. Dr. Schmiedl hat diese Frage durch Tierversuche genauer ergründen wollen und zu diesem Zweck einen besonderen Apparat erdacht, durch den Kaninchen zum Rauchen gezwungen wurden. Den Tieren wurde zwar frische Luft ziemlich zugänglich gemacht, aber sie mußten gleichzeitig eine gewisse Menge ziemlich starken Tabakrauchs einatmen. Um möglichst sichere Ergebnisse zu erhalten, wurden ganz junge Kaninchen deselben Wurfs ausgewählt und unter sonst ganz gleichen Lebensbedingungen gehalten. Nach seinem Bericht vor dem ärztlichen Verein in Brünn hat nun Dr. Schmiedl an den Tieren, die den Rauch erhalten hatten, tatsächlich eine Gefäßerkrankung festgestellt, die aber nicht der Arteriosklerose des Menschen entspricht. Dieser Fund war um so auffälliger, als sich eine echte Arteriosklerose durch andere Mittel auch beim Kaninchen künstlich erzeugen läßt. Es ist allerdings immer heikel, die Lehren eines Tierversuchs ohne weiteres auf den Menschen zu übertragen. Soweit das aber in diesem Fall zulässig erscheint, würde die Unklugheit gegen den Tabakrauch mit Bezug auf die Nervenverfallung eine Abschwächung erfahren, die jedem Freunde des Tabakgenußes eine Genugtuung gewähren wird. Dennoch äußert Dr. Schmiedl die Ueberzeugung, daß die Nikotinvergiftung in Wirklichkeit auf die Blutgefäße wirkt, und zwar vielleicht zunächst in ähnlicher Weise, wie es bei den Kaninchen auf dem Wege des Versuchs erzielt wurde.

## Bewegungen im Beruf.

**Bremen.** Die Firma Siegelkopf erklärte sich bereit, den für Bremen und Umgegend geltenden Minimallohn zu zahlen. Die hiernach festgesetzten Löhne betragen 12 bis 16 M pro Wille bei Lieferung entrippter und aufgesetzter Decke und fertiger Einlage. Mit der Firma wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

**Warendorf i. Westf.** Die Aussperrung bei der Firma Aug. Schwenenbrock wurde, da die Aussperrten anderweitig untergebracht werden konnten, für beendet erklärt. Vor Zugung wird jedoch bis auf weiteres gewarnt, da die Firma darauf besteht, daß bei verkürzten Löhnen gearbeitet werden soll.

**Striegau i. Schl.** Die Differenzen in der Zigarrensortierung der Firma Schärke u. Comp. sind noch nicht erledigt. Vor Zugung von Zigarrensortieren wird gewarnt.

## Berichte.

**Frankfurt a. O.** Die Tabakarbeiter im Kampfe um ihre Existenz. Ueber dieses äußerst wichtige Thema sprach am Mittwoch, 3. Dez., der Reichstagsabg. und Vorsitzende unseres Verbandes Carl Deichmann. Er schilderte in fesselnder Weise den Umbruch in der gesamten Industrie. Die Tabakindustrie, wenn sie auch in technischer Beziehung keine großen Umwälzungen erlebt habe, sei in wirtschaftlicher Beziehung natürlich den Gesetzen des Kapitalismus unterworfen; unsere Unternehmer haben verstanden, durch mancherlei Mittel ihren Vorteil zu erhalten, beginnend mit der Erhöhung der Preise für Rohstoffe, die neben der ungeheuren Belastung der Lebensmittel durch indirekte Steuern auch in der Tabakindustrie die Produktion stark geschädigt hat. Während im Jahre 1912 der Jahresdurchschnittslohn für industrielle Arbeiter 1140 M betrug, hatten die Tabakarbeiter nur einen Durchschnittslohn von 653 M im Jahre. Da muß es jedem Tabakarbeiter klar werden, daß nur starke Organisation eine Verbesserung dieser traurigen Lage ermöglicht und weitere Verschlechterungen verhindert werden können. Der Referent forderte zum Schluß alle Anwesenden auf, soweit sie dem Tabakarbeiterverbande noch nicht angehören, dies unverzüglich nachzuholen, um den Bestrebungen des vereinigten Unternehmens- und Scharfmachertums, das die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Arbeiterschaft weiter zu verschlechtern sucht, einen Damm entgegenzusetzen zu können.

LISTE

ÜBER GEBRAUCHTE

WICKEL-

FORMEN

205

ERHALTEN SIE KOSTENLOS

DURCH

L. COHN & CO.

BERLIN

24 BRUNNENSTR. 24

**Rohrtabakgeschäft Otto Brandes**

BREMEN, Westertorstrasse 96.  
Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake zur Zigarrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Versand nur per Nachnahme.

**Jacob Hirsch jr.**

Mannheim B 1, 9. 10

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen. Versand nur gegen Nachnahme.

**Gelesene Tabak-Arbeiter**

bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Wichtig für Händler u. für Zugabe-Artikel.

Tafelmarken von M. 1.80 bis 2. feinst. Wand-, Stand- und Wackelmarken, Taldienlampen, Feuerzeuge, Kasserapparat, Nickel-service, Spredmald. u. Schallplatten. Katalog nebst Preisliste gratis und franko.

H. Krell, Magdeburg 18  
Uhren en gros - Export

**Carl Roland, Berlin SO.**

Rottbuserstrasse 4. 15

Java-Decksblatt (Spada), Blütenweißer Brand, Vollblatt, äußerst bedächtig, pro Pfund nur M. 2.70.

Domingo, alte, blattige, trockene Ware, pro Pfund nur M. 1.20.



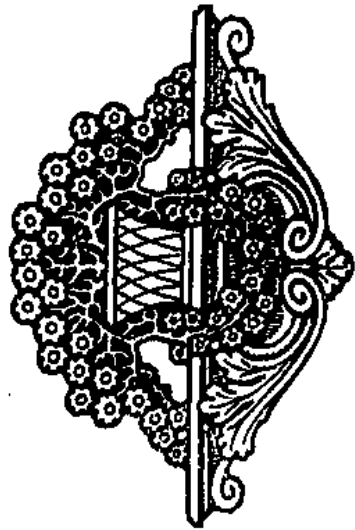
# Monatsbeilage des Tabak-Arbeiter.

# 12

**Samstag, den 21. Dezember**

1913

# Weihnacht



Der Glocken Klänge stiegen feierlich  
Durchs stille Thal.  
Im Herzen wohnt das alte Märchen noch:  
Es war einmal . . .  
Die alte Mär, so süß und wunderbar,  
Von jener Nacht,  
Wo einer Jungfrau Mitternachtsschloß der Welt  
Das Heiß gebracht.  
O schöner Wahn! Der Kinder, Träumer  
Ist doch mit Luß besetzt!  
Du schleichend Gift, das schon Jahrtausende  
Die Menschheit quält!  
Das Wort des Friedens, welches heuß  
Es klingt wie Hohn!  
„Erlöser“ nennt ihn die Knechtstieglitz,  
Den Menschensohn . . .

Dann roth er kommen, freundlich, schön und klar,  
Der Weibetrag,  
Wo wirklich allen Menschen Fried' und Freud'  
Erscheinen mag.

Nicht Rückenmacht, nicht Pfaffenfrug hemmt mehr  
Der Freiheit Lauf  
Dein Zagen nur und Träumen trägt die Schuld . .  
Mein Volk wach auf!

[illegible]

三

Wir kommen nun zu Bafaninus Rolle während des Kampfes. Dieser Kampf war, wie wir gezeigt zu haben glauben, keineswegs eine gemachte Revolution, ein Aufstich nach dem Herzen Bafaninus, der keinerlei Anteil an seiner Verurufung, noch an seinem Ausbruch hatte. War er doch zur Zeit des Ausbruches auf einer Reife nach Böhmen begriffen! Er eilte zurück und wurde nun — nach Steffow und anderen — „der fätkische Führer der revolutionären Streikkräfte.“ Er habe nach allgemeinem Zeugnis erstens Anteil an der Verteidigung der Stadt genommen, besunderungslosbrige Selbstlosigkeit und unerschütterliche Festigkeit bewiesen, die ihn zum Heldenführer gemacht hätten. Warum, so könnten wir fragen, hat er, der doch nach dieser Auffassung die fätkische militärische Leitung hatte, bei seinen strategischen Kenntnissen nicht all die großen strategischen Fehler verhindert, die den Truppen im Sieg erstensicherten, wie der preussische Oberst v. Wattersee in seinem Buche über den Marfampf darlegt, und wir könnten antworten: eben weil nicht er, sondern der unfähige Oberleutnant Sings die fätkische Führung hatte.

Aber sehen wir uns die Indizien für seine Anteilnahme an. Die *Allegorien* v. *Montes* schalten wir aus, weil ihnen das Zeugnis eines *Wittkämper's* diametral entgegensteht, dem niemand tendenziöse Färbung oder Voreingenommenheit nachtragen kann. Was nun die Details anbelangt, so sind diese die folgenden:

1. Daß Mitglied der provisorischen Regierung  
Zalchirner ließ eine größere Menge Pulver in die Keller des  
Rathhauses schaffen. Der Stadtrat verwahrte sich. Darauf

45

verhört seine Klarheit. Jetzt ergiebt Dr. Fißcher aus Vob Kon-  
heim in der Münchener Medizinschen Wochenchrift auf dem Plon,  
um das Wesen der Seetransfuit in einer seiner Mühnung nach  
wissenschaftlichern und weniger gezwungenen Worte zu erklären,  
als es bisher geschehen ist. Er hofft dadurch nicht nur die Gesel-  
nungen des Lebens, sondern auch die Gründe der verschiedenen  
Unfähigkeit und der Bewohnung deuten zu können. Er gründet  
seine Erklärung auf die Beobachtungen während seiner Fahrt nach  
Amerika. Es lag für den Arzt nahe, sich bei dieser Gelegenheit an  
die Versuche zu erinnern, die er kurz vorher über den Einfluß der  
Wegung und Abkühlung des sogenannten umschweifenden Nervs  
(Nervus vagus) auf die Thätigkeit angestellt hatte. Er hatte  
dabei an gesunden jungen Frauen, die durchaus denen der See-  
transfuit entsprachen, insbesondere Isobeseit, Brechreiz, Schwin-  
del, Kopfschmerz, Gesichtsfälle, kalte und feuchte Haut, auch Ein-  
täm des Blutdrucks und Unregelmäßigkeit des Pulses, auch Ein-  
täm nur auf den Einfall, daß auch bei der Seetransfuit in der  
Hauptache eine Bewegung des betreffenden Nervs vorliegen könnte.  
In diesem Fall wäre auch das rechte Seimittel angezeigt gewesen,  
da es bekannt ist, daß Atropin auf seinen Nerv lähmend, also einer  
Bewegung entgegenwirkt. Da keinesfalls eine Gesehr damit verbun-  
den sein konnte, beschloß der Arzt, Einprägungen von Atropin gegen  
die Seetransfuit zu versuchen, und er wurde vom Glück dadurch  
begünstigt, daß sowohl die Hintersie wie die Rückfahrt sehr stürmisch  
verfiel, so daß er an Patienten keinen Mangel hatte. Diese litten  
zum Teil so schwer, daß sie gern in den Versuch willigten. Am  
ganzen wurden 23 Personen mit Atropin getränkt, und zwar erziel-  
te der Mann 1 Milligramm, Frauen  $\frac{1}{2}$  Milligramm unter der Haut.  
Bei fast allen Kranken verschwand die Gesehrtransfuit der See-  
transfuit meist wenige Stunden nach der Einprägung. Das Er-  
brechen hörte auf, meist sogar schon nach einer halben Stunde, der  
Puls und die Gesichtsfarbe besseht sich, und nach drei oder höch-  
stens vier Stunden waren fast immer alle Beschwerden verschwun-  
den. Dieser Erfolg trat auch dann ein, wenn der Sturm und  
Wellengang gleichzeitig noch schwerer wurden. Die Erklärung war  
besonders überzeugend bei den Hintersie, die völlig teilnahmlos  
und jeder Bewegung unfähig waren, so daß sie getragen werden  
mußten. Nur in wenigen Fällen war eine zweite Einprägung  
erforderlich. Der Gegenfall zwischen den Versuchen der Abkühlung,  
wo Dr. Fißcher seines Amtes waltete, und einer erwachsenen, wo  
die Seetransfuit ihren nachtheiligen Lauf nahm, war im höchsten  
Grade auffällig. Ein Beobacht konnte eigentlich nur daraus er-  
sehen, daß der Bericht sich gar zu günstig ausnimmt, indem er auch  
noch die Ladung vergleicht, daß trotz andauernder heftiger See  
die einmal Gepeitelt ausnahmslos von einem Rückfall verschont  
blieben. Dazu kommt, daß die Einprägung mit Atropin, trotz der  
bestanten Giftigkeit dieses Mittels, in der angewandten Menge  
durch den Mund eingegeben werden, was bei 30 Seetranten ge-  
schah. Auch dann trat eine Besserung ein, oder mehr so wohl noch  
so sicher wie nach der Einprägung. Dr. Fißcher hält die Richtigkeit  
seiner Erklärung über das Wesen und die Entstehung der See-  
transfuit damit für gesichert, einmal auch die verschiedenen Stadien  
zeit der Lebensalter und die Ladung der Bewohnung an die See-  
transfuit damit übereinstimmen. Soli 2. Weise von ihr meist  
verschont bleiben, läßt sich nicht aus der geringeren Heftigkeit des  
Nervus vagus im höheren Alter verschoben.

**Industrielle Entwicklung** in Indien. Offiziellen Statistiken der Zentralkommission in Indien für das Jahr 1910 entnehmen wir, daß auch in diesem Lande der Substruktivismus seinen Eingang gefunden hat. Nach diesen Berichten befanden im Berichtsjahr in Indien 98 Betriebe der landwirtschaftlichen oder gewerblichen Industrie unter Zentralkommissionen und 675 Betriebe, die der Zentralkommission unterstellt sind. Darunter befinden sich 16 Baumwoll-, 16 Eisenbahnbetriebe, 10 Sand- und Mischungsindustrien, sowie zahlreiche Kleinbetriebe und Fabriken für den Verbrauch. Betriebsfabriken, d. h. solche, die Einzelarbeiten oder Gewerkschaftsbetriebe gehören, zählte man 2623 in 1909, 1010 aber schon 2834. Die bedeutendsten darunter waren: Baumwoll-Erntemaschinen und Pressen 1390, Baumwollspinnereien 286, Webmühlen 215, Spinnpressen 138, Sägemühlen 101, Eisenwerke und Eisenblechwalzenmaschinen 65, Aufbereitungen 59, Getreidemöhlen 37. Von 1906 bis 1910 z. B. nahm die Zahl der Baumwoll-Erntemaschinen von 939 auf 1390 zu. Die genannten Gruppen umfassen etwa 82 pzt. aller mit motorischer Kraft arbeitender Industriewerke. In den letzten waren 1909 insgesamt 984 132 Personen beschäftigt, 1910 dagegen 1 014 241, darunter 115 540 erwachsene Frauen und 52 026 Kinder. Die erste Baumwollindustrie wurde in Indien 1851 errichtet. Heute beschäftigt diese Industrie, deren Betrieb mit einem Kapital von 250 Millionen Mark arbeitet, allein 230 000 Arbeiter.

# Requiem in D

von sich zu geben; er steht immer im Dienste. Das ist das Großartige in unserer Partei, daß sie den ganzen Menschen erfagt und daß sie aus dem Wissen, aus dem Einssehen in die Entwicklung die Ueberzeugung entpringen läßt, unferer Sache und dem Wissen dieser Sache zu dienen, mit allen unirenen Kräften. Parteigenossen! Die Bildung und das Wissen, das Sie in systematischer Weise annehmen wollen und zu dem Spiren nun in geordneter Weise die Mittel geboten werden, sollen ihr Streben sein und Heßen! —

Profzett.

**Fliegen auf der See.** Darin schwebt im Lugebüsch sehr viele, wie er in einem Abstand von mehreren 100 Ellen meist von der Ostseite Südwests Spinne bestrahlt, die meistens eines selbstgebohrten schiffartigen Reges, die weite Reife vom Festland her ausgefüllt hat. Diese Fliegen müssen aber wohl doch trotz ihrer Ausstattung mit einem inneren Flugzeug vollständig ausgediegt sein, wenn sich nicht ein anderer Wind ihrer erhebt. Noch viel gefährlicher ist selbstverständlich die Lage anderer Tiere, die auf das Meer hinausgetrieben werden, ohne die Fähigkeit zu haben, sich lange in der Luft zu erhalten. Das gilt auch für Insekten, mit schwachem Flugvermögen. Dr. Hodge beschreibt in der Wochenchrift „Science“ eine Abhandlung über die Frage, welche Entfernungen die Fliegen über Wasser zurücklegen können. Hätte wohl man überhaupt noch nicht genau darüber Nachgedacht, wie weit Hausfliegen von ihren Brutplätzen sich entfernen. Bei der Gährungszeit dieser Insekten für den Menschen, wäre eine solche Kenntnis dringend erwünscht. Die Fliegen, wie ich meine, daß die Fliegen nicht über 500 Meter von ihrem Geburtsort sich ausbreiten, andere sind der Meinung, daß sie fast alle Fliegen weit reisen, also vielleicht von einem Dorf zum andern. Von der Stadt Cleveland am Erie See hat ein frisch solenniertes Unternehmen zur Beunruhigung der Fliegen eingeladen worden, und zwar hauptsächlich von einer Verpehung der Wasserwerke, die ihre Versorgung aus abgelegenen Stellen des Sees etwa 10 Ellen weiter nördlich vom Ufer entnehmen. Dr. Hodge wurde mit der Unternehmung beauftragt und machte bei dieser Gelegenheit Beobachtungen über Fliegen, die sich gleich ihm auf der Nordseite befanden. Es zeigte bei der Aussicht eine solche Arde vom Ufer her, die auch den stark schwärzlichen besiegenden Stand der Großstadt auf den See hinanströmte. Zwei Hausfliegen lösteten sich dem Dampf gleich bei der Ansahrt ab. Die Wasserhöfner im See selbst wiederum trotz ihres großen Abstandes vom Ufer davon von Fliegen, daß in kurzer Zeit über 40 Hausfliegen, 9 Schafffliegen und 4 Schmeißfliegen gefangen wurden. Auch ausgewandene Fliegen umschwebten das Schiff und folgten ihm von einem Wallen zum andern. In einer Fliegenfalle wurden nach kurzer Zeit über vierzig Fliegen gefangen. Dieser Fliegenreichthum war um so bemerkbarer, als in dem Wasser der Besähter durchaus kein Fischen herrschte und überdies nichts vorhanden war, wovon die Fliegen sich ernähren konnten. Aller Verzicht und alle Wundstiche der Großstadt werden täglich vollkommen beseitigt und verbrannt. Die Fliegen jeder der Ballwerke hatten internats beobachtet, daß einer der großen Gebäudeteile, die aussehn in einer Entfernung von einem einzigen Kilometer vorüberfahren, Fliegen mitbringen, bagegen hatten sie meynig gesehen, daß ganze Wallen der Insekten mit einem Schwund von der Stadt bezeugen wurden, und daß ein Wortmünd wie wieder wogelte. Auch die ausgewandenen Fliegen fanden in den Anlagen genug trocknen Nahrung, um eine Zeit von Vollmond vorzunehmen. Damit ist also der Beweis geliefert, daß Fliegen mit wenigstens 10 Kilometer weit über das Meer getragen werden können, ohne daß ihr Leben dadurch gefährdet wird. Ferner ergibt sich, daß wenigstens in diesem Fall die Excrete eine unrentable Wirt, da die Fliegen die reichen Jagdgründe der Großstadt mit einem Anstalt verkauft hatten, der ihnen als eine vollkommene Nahrung einen müde. Nachstehtlich können die Fliegen auf solchen Wege noch viel größere Entfernungen zurücklegen, und es wird ihnen nicht befehen nötig sein, die Ausflucht über ihre beschränkte Vertheilungsfähigkeit wesentlich abzumindern. Ubrigens waren die Fliegen auf dem Waller entsehtlich ausgezehrt. Die Haus- und Schmeißfliegen liegen sich sehr leicht fangen. Die Schafffliegen stangen tollend um sich, fangen aber auch leicht in die Falle. Wenn man sich aber denkt, daß ein beträchtlicher Einfall einer Fliegenwolke eine sehr unangenehme Sache für eine von ihnen angegriffene Dreifalt ist.

**Ursachen der Secktrauheit.** Ueber das eigentliche Wesen der Secktrauheit gibt es halt ebensoviel Vermutungen und Erklärungen, wie Vorschläge zu ihrer Vermeidung oder Beseitigung. Dies kann man wohl vorbereiten als ein Zeichen dafür gelten, daß man der Frage noch nicht auf den Grund gekommen ist, und von der Secktrauheit gilt auch immer noch fast mit derselben Berechtigung das Wort, was auf den Tod angewandt wird, daß kein Kraut gegen sie genommen ist. Mit Medicamenten ist ihr bisher schon gar nicht viel bewiesen gelungen, eher schon mit Vortheilen über Föderung und Erdrückung. Auch über die Entziehung des gefährlichsten Nektars

4.



realen Verhältnisse beutelte, wie sehr befristeten seine Meinungen von denen der tatsächlichen Wirklichkeit waren. Er zog Born bei Seite und redete ihm zu, sein Meer nach Böjmen zu führen. „Sie sind wohl toll!“ rief Born ihm ergrimmt zu, „nach Böjmen sollen wir, zu ihren Fremden, den Gesehn, die schon längst in den Dienst der Preußen getreten sind!“ — „Man würde auch mit offenen Armen aufnehmen,“ entgegnete Bornum. — „Man würde über uns herfallen und an die österrichische Regierung ansetzen,“ erwiderte Born, der die Sachlage richtig beurtheilte und zog ab.

Bornum, so könnten wir hier wieder fragen, warum verheißene Bornum, der doch den satirischen Oberbegriff hatte — nach Stellung! — hier nicht die Auflösung des Meeres?

Diese Darstellung irrt ferner darin, daß Born sein Meer zwischen Dresden und Freiberg entlassen habe, und Seubner und Bornum dann zu Bogen nach Freiberg geleitet seien. Die Ögine zwischen Born und Bornum ging vielmehr ebenso wie die Auflösung des Meeres in Freiberg vor sich, woran sich Seubner und Bornum von da nach Böjmen wandten, Born aber dort sein Meer entließ. Nicht Seubners und Borns war nämlich nicht gewesen, auf festem Stabe vor Dresden auf Böjmens Erhebung zu warten, sondern Freiberg zu verdränglichen, und, auf das Übergelinge gefähig, weiteren Zugang von da und dem abirgen Nachen erwarthen, hier den verhängenden Truppen ein neues Gesicht zu liefern. Sie standen davon ab, als sie die erbärmliche Stimmung des Stingerums erkannten, und daher nicht umhin weitere Opfer bringen wollten. Beweiz hierfür sind neben dem Zeugnis Borns (a m t l i c h e s l i t t e r a r i s c h e s B e w e i z ) gleichviel weitere Gele. Wir haben diese soziale Gesellschaft, die an sich wenig Meert haben mag, getroffen, um zu zeigen, daß in der weitestgehenden Abtheilung über den Parteien, die spätere Abschnitte von Bornums Leben selbst, und die von großem Interesse, gegenwärtig auch größerer Aktualität sind, dieser Abschnitt offenbar etwas vernachlässigt worden ist.

Born entkam Seubner und Bornum durch in einem

Staßhaus in Chemnitz von muthig gedordenen Speißbürgern verbannt.

Stilles in allem: Rathum hat beim Dreßdner Magistrat weder eine so wichtige Rolle gespielt, noch ihn geleitet. Ein Urtheil über seinen Muth soll damit nicht ausgesprochen werden. Es soll durchaus nicht bestritten werden, daß er sich während der Maitage äußerst muthig und tapfer gezeigt hat. Spricht doch beinahe der Umstand, ihn sofort auf den Kampfplatz eile. Die historische Gerechtigkeit erfordert jedoch, daß die Gerechtigkeit, die über seine Rolle in Sachsen im Lauf sich, auf ihr richtiges Maß zurückgeführt werden. Darin liegt keineswegs eine Begünstigung Rathums. Es ist vielmehr ein Muth der Gerechtigkeit den wahren Führer der Massendämpe, vor allem Muth gegenüber, dessen historische Rolle, namentlich in Sachsen, nicht unterzückt werden sollte — wie Miesing in seiner Sparteigefichte ebenfalls betont. — Nebenbaupt dürfte sich bei einer genauen Untersuchung die Stellung der sächsischen Demokratie und ihrer Begünstigungen zum Proletariat in jener Zeit manches Ueberrassende ergeben, das auch für die Geschichte der Sozialdemokratie nicht ohne Interesse sein dürfte.

C.

\* Ein weiterer Grund des Scheiterns findet sich auf Seite 30 des Buches. Er lautet dort: „Am 23. April 1849 (Rathum) kam dort nach Leipzig ein 21. Junge, welcher, der Leiche war geworden in einer Versammlung, wo die Kämpfer für die deutsche Revolution aufgestellt worden sollten.“ Das ist eine Thatsache, die nicht bestritten werden kann. Aber die Versammlung, in der nicht wenige der dort aufgestellten, sondern die Abgeordneten ernannt wurden, fand am 12. März in Leipzig statt.

In einem Vortrage in Graz über die Bedeutung Bildungsarbeit führte Genosse Witter folles u. a. aus:

wortete: „Männer sind ja nicht da zum Leben, sondern um zu sterben.“ Das ist etwas sehr Mistliches. Und diejenigen, die dazu berufen sind, müssen auf die Arbeiter in diesem Sinne einwirken.

Es ist kein Zweifel, daß wir feierzeit, als wir auf dem politischen Schmalz traten und für das Abbruchrecht kämpften, unseren jungen Leuten zu wenig Bildung mittheilten. Dieser war sehr mangelhaft. Wir haben ihnen ganz einfach Theorie und praktische Dinge in die Hand gegeben und sie ins Feuer geschickt, aber eigentlich abgerichtet haben wir sie nicht. Wir haben aber auch noch heute eine Menge Leute, die sich mit gutem Fleiß sozialdemokratisch nennen, und mit ganzen Bergen sozialdemokratischen Füllens die Partei und für die Sache durch's Feuer gehen, denen aber das eigentliche Wissen, die eigentliche sozialdemokratische Bildung fehlt; die bei Arbeit des Tages nicht mit dem eigentlichen Kampf und Ziele der Partei in Zusammenhang bringen können. Sie wissen sehr gut, daß ich dieses nicht vielleicht im Tone des Vorwurfs sage. Ich bin doch selbst aus vieler Laune zu viel schuld oder zu wenig, schon wieder jeder andere von uns. Schuld waren die Verhältnisse, aber nicht von uns geschaffen wurden, es aber erloschwert dabei unmöglich gemacht haben, alle unsere Kämpfer mit der für die Parteibewegung notwendigen sozialdemokratischen Ausbildung zu erfüllen. Vor allem ist es die Arbeit des Tages — daher spreche ich gar nicht von der Arbeit der Nachtseite —, die meine die politische und organisatorische Arbeit des Tages, die so viele Kräfte abfordert, daß es schwer ist, noch zu viel Zeit und Kraft zu gewinnen, um zu lernen. Und doch ist es unbedingt notwendig, sonst gehen wir zugrunde.

Mir können mir großer Meinung sein, daß die Arbeiterbewegung seit jähmässig Jahren viel erreicht hat. . . . Daß, was wir gewonnen sind, sind wir geworden trotz der Ungleichheit mancher einzelner unter uns. Und es wird weiter vorwärts gehen, dafür bitten wir, daß der Kampfesmut und der Bildungsdrang, die in unseren Reihen vorhanden sind. Zu unserem Glück und zu meiner großen Befriedigung hat der Bildungsdrang nicht abgenommen, sondern angenommen, und es ist für mich ein Gegenstand fortwährenden Erregung, zu sehen, wie ein große Anzahl von Leuten diese Bildungsarbeit mit dem größten Eifer, mit jugendlichem Enthusiasmus in die Hände nehmen und in Zusammenhang mit ihr die Ausbildung unserer Jugend. Die Entwicklung der Jugendorganisation und die Aktion ist eine der wichtigsten Aufgaben in unserer Partei. Aber Tage und es gibt schlimme Tage in unserm Leben. Aber wenn keine Gefahr bedroht und nichts, was es einmal nicht so ging, wie man gehofft hatte, der ist kein wichtiger Sozialdemokrat. Wir wissen heute sehr genau, daß jedes Profit, die nicht auf dem Wissen der Arbeiterklasse beruht, die nicht getragen wird von deren politischem Willen der Arbeiterklasse, irgendwas werden muß. Wir wissen, daß jedes Wissen, welches nicht vom politischen Willen begleitet ist und nicht das Material ergibt den Wappel an die höchste Energie des Einzelnen seiner Klasse, mit allem, was in ihm ist, daß ein solches Wissen leer ist. Heute müssen wir die Arbeiter nicht eine ganze Reihe von Dingen unseres

Organismus, wir haben gewerthschätzende, politische und gesellschaftliche Organisationen, wie haben Organismen, die mit der Kunst zu tun haben, in allen diesen Dingen. Eine Fülle von Dingen eingeht da. Das Streben unserer Bewegung ist es, und darin liegt sich ja ihre Kraft, daß sie nach und nach den ganzen Menschen in allen seinen Beziehungen erfasst, und daß diesem unsere Partei vorwiegend anderen aus. Ich sage Ihnen, Wohl-Übermut aus sich, daß sie eine Befähigung, daß sie ein Beruf, der einem jede Minute im Tage von früh bis in die Nacht entgegen nimmt. Er hat immer etwas aufzunehmen, immer noch



Stellungen auch zu der Sache zuhören sollen. Ferner erwidert er, daß das Kartell die Zeit, die es eingeschlagen habe, für die erfolgreiche Arbeit. Auch sei es dem Kartell bis dato noch nicht bekannt, was für eine Misshandlung die Christlichen zusammengefaßt hätten. Nicht aus Furcht oder aus Mangel an Material gegen die Christen habe das Kartell mit dem Angriff gewartet, der jetzt doch nach Aufstellung der Listen in der kommenden Woche in der Öffentlichkeit beginne. Zu der Wahl der Agitationskommission gibt Kollege Koch noch Erklärungen von der Gaultierse. Die Wahl derselben wurde aber auf Antrag des Kollegen Kunis bis zur nächsten Mitgliederversammlung verschoben, da der Beschluß der heutigen ein sehr schlechter ist. Zum Punkt „Vollstreckung“ erhielt Kollege Megeer das Wort. Er führt in einem kurzen Vortrag den Mitgliedern die großen Vorteile der „Vollstreckung“ gegenüber den Privatversicherungsgeellschaften vor Augen und weist diejenigen, die gewillt sind, sich und ihre Familienangehörigen zu versichern, auf die „Vollstreckung“. Nicht allein als Klassenbewußte Arbeiter, sondern auch, wenn man Egoist sei, sei es am Vorteilhaftesten, die „Vollstreckung“ anderen Versicherungsgeellschaften vorzuziehen. Im Punkt Verschiedenes teilt Kollege Koch mit, daß der Vize-Kollege Gillingen wieder weiterzählt, wodurch der Beschluß der letzten Versammlung illusorisch gemacht ist. Auf Antrag des Kollegen Kitzler wurden dem Kartell 50 M. aus der Kassa für die Agitation der Drückentafelwahl überwiesen. Kollege Kraus äußert sich über die Ursache der Erfolglosigkeit bei der letzten Hausagitation, die hier stattgefunden hat. Er halte es für zweckmäßig, vorerst auf eine Agitation zu verzichten, um die innere Organisation besser zu festigen und auch die Mitgliederversammlungen reichhaltiger zu gestalten. Der Vorsitzende verspricht, diesen Wunsch Rechnung zu tragen. Auf Anregung des Kassiers wurde nach längerem Beraten die Verwaltung beauftragt, von jetzt ab bei Krankheitsfällen betreffs Anmeldung stricke nach dem Statut zu verfahren.

Treffurt. Am 7. Dezember fand in unserer Zählstelle eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom letzten Quartal; 2. Wahl der Ortsverwaltung; 3. Abrechnung vom letzten Vierteljahr; 4. Verschiedenes. Die Abrechnung ergab ein Einkommen von 880,58 M., eine Ausgabe von 855,22 M.; mithin verbleibt ein Kassenbestand von 25,36 M. Nachdem auf Antrag des Kollegen Mann dem Kassier Entlassung erteilt war, wurde die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen, welche folgendes Resultat ergab: Gewählt wurde als 1. Bevollmächtigter der Kollege Gottlieb Roth, als 2. Fritz Fischer, als 3. Gerhard Kopp, als Revisoren die Kollegen Lautmann und Kollege Mann. Die Abrechnung von unsern letzten Vierteljahr ergab einen Überschuß von 3,80 M., welcher der Kassa zugute kommt. Zum letzten Punkt der Tagesordnung, Verschiedenes, erwähnt der Kollege Fischer die Kollegen, die alten Kasse zu begleichen und beantragt zugleich, am 2. Weihnachtstag eine Zusammenkunft zu veranstalten, was von der Versammlung angenommen wird.

Seelen. Am 13. Dezember fand die fällige Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Gauleiters B. o. g. über die Arbeiterverhältnisse in Australien; 2. Delegiertenwahl; 3. Verschiedenes. Beim Punkt 1 der Tagesordnung erklärte Kollege B. o. g. den Mitgliedern die Zustände in Australien, insbesondere schilderte er die Arbeitsverhältnisse der dortigen Tabakindustrie; auch das dort übliche Schlichtgericht in Lohn- und Arbeitsangelegenheiten wurde dem Referenten besprochen. Da Referent die Verhältnisse aus persönlicher Erfahrung infolge langjähriger Aufenthalte in Australien kennt, war er in der Lage, seinen Vortrag interessant zu gestalten und uns einen lehr- und genutzreichen Abend zu verschaffen. Leider war die Versammlung nicht gut besucht. Bedauernd ist, daß die Kollegen von Seelen so wenig Interesse haben an ihren Versammlungen; anstatt ihre Versammlungen zu besuchen und sich über die Angelegenheiten der Tabakarbeiters auszusprechen, bleiben sie lieber zu Hause sitzen, oder stellen sich an die Straßen und hin und hinstülzen. Als Delegierte zum Gewerkschaftskongress wurden die Kollegen K. o. g. und K. o. g. gewählt. Unter Verschiedenem verlas der Kassier K. o. g. die Abrechnung vom Vierteljahr; die Einnahme betrug 122 M., die Ausgabe 149,80 M., so daß ein Defizit bleibt von 27,80 M. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, dahin zu streben, daß die Versammlungen in Zukunft besser besucht werden.

Frankfurt a. O. Die Situation im Tabakgewerbe ist keine rosig zu nennen. Arbeitslosigkeit ist fast gar nicht vorhanden. Vor 15, 20 Jahren war noch eine große Anzahl von Betrieben am Orte. Seit 1878 sind viele Betriebe verschwunden, so die Zigarrenfabriken von Kaumann, Wollach, Kanno, Ziermann & Wollach, Schaweder, Schneider, Kramann, Dorisch, Richard Dreher, Böhm, und in neuerer Zeit durch Konkurs die große Fabrik von Heintz, welche gegen 100 nichtorganisierte Arbeiterinnen beschäftigte. Dies war für die Organisierten ein herber Schlag. Die wenigen Fabriken — neue, bedeutende Fabriken sind nicht entstanden — werden von den Weiblichen überwunden, und sind die Männlichen, meist alte Arbeiter, gefährdet. Daß angesichts dieser Verhältnisse die Herren Fabrikanten den Propagandapunkt herausheben, ist klar. Vor drei Jahren hat sich Herr Schmiedes, welcher früher Reisender bei der Firma L. Jänide war, selbstständig gemacht; er verband es sehr gut, einige alte Arbeiter von Jänide mit dem festen Versprechen, dieselben Löhne zu zahlen, in seinen Betrieb hinüberzuführen. Es ging eine ganze Weile, bis der Herr auf festen Füßen stand; als sich aber viele weibliche Arbeiter fanden, die bei ihm um Arbeit anfragten, nahm der Herr einen anderen Standpunkt ein. Es gefiel ihm, für eine Sorte Zigarren 25 S abzugeben zu wollen, was aber durch das feste Zusammenhalten der Kollegen und Kolleginnen abgelehnt wurde. Später wurde die Kollegin, welche Hausarbeit gemacht hatte, wegen schlechter Arbeit entlassen. Auch unser 1. Bevollmächtigter, Kollege Streich, mußte die Praktiken des Herrn kennen lernen. Er soll „Samaritaner“ gemacht haben und wurde entlassen. Natürlich war das nur Ausrede, denn St. ist ein gewisserhafter Arbeiter. Wie sich später herausstellte, sollte es wegen Platzmangels und, weil St. sich dem Druck des Meisters nicht fügen wollte, geschieden sein. Vor einigen Tagen hat Herr Schmiedes wieder versucht, auf eine Sorte Widel (Volländer) 10 S abzugeben und statt 45 S pro 100 nur 35 S zu zahlen. Als die Kollegen vorstellten, hat der Herr einen propägedischen Ton angeschlagen, indem er drohte, das ganze Bad hinauszuküpfen und sich seine Ware zu kaufen. Der Herr hat schnell verstanden, daß er auch Arbeiter wer, wenn auch gegen Gehalt, und sein gegebenes Versprechen, nichts abzugeben, auf diese Art gehalten hat. Kollegen und Kolleginnen! So steht es hier aus! Wir männlichen Kollegen stehen auf dem Ausverkauf. So ist es jetzt Aufgabe der weiblichen Kollegen, sich aufzuklären, sich zu organisieren! Setzt den Tabak-Arbeiter! Da könnt ihr euch über eure Lage aufklären, euch bilden, um später die Fäden der Organisation in die Hand zu nehmen. Die hier karge Lage Situation kann aber gemildert werden durch festes Zusammenhalten der Kollegen und Kolleginnen; dann werden wir alle Praktiken der Fabrikanten, soweit sie unsere Lage verschlechtern, abschlagen können. Darum, Kollegen und Kolleginnen, auf die Schanzen! Pflegt die Solidarität und seid einig, einig!

Hausagitation in Wansen in Schlesien (Gau 12). Wansen, ein Städtchen mit 3000 Einwohnern, von denen 600 Tabakarbeiter sind. Von diesen sind beschäftigt bei der Firma Neumann 400, bei Arthur Deter 200. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind bei beiden Firmen so schlecht, daß es bei den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen für diese Tabakarbeiter fast unmöglich ist, ein halbwegs anständiges Leben, namentlich wenn sie Familien haben, zu führen. Am schlechtesten aber ist es bei der Firma Deter. Durch die Verarbeitung von schlechtem Material werden die Arbeiter daran gehindert, genügend fertig zu stellen. Die Löhne sind bei Deter noch niedriger wie bei der Firma Neumann, trotzdem dieselben auch dort noch einmal bedeutend verbessert werden müssen. Es kann behauptet werden, daß neun Zehntel der Wansener Tabakarbeiter 10 M. und darunter verdienen, pro Woche gerechnet. Da es aber nicht so weiter geht und nur durch die Organisation bessere Verhältnisse geschaffen werden können, so wurde bei der im November stattgefundenen allgemeinen Agitation im Gau 12 be-

sonders Wansen einmal richtig bearbeitet. Die Agitation hatte die Zählstelle B. r. e. g., von der einige Kollegen beauftragt worden sind, mit Hilfe einiger Wansener Kollegen übernommen. Deren Aufgabe sollte es sein, zu den 60 Mitgliedern des Verbandes neue hinzuwerben. Über das Resultat, das dort erzielt worden ist, sind selbst die Agitatoren nicht zufrieden. Die ersten beiden Sonntage waren es so, als wenn ein Teil jener Tabakarbeiter, die besucht worden sind, Mitglieder werden wollten; am ersten Sonntag wurden 6 und am zweiten 5 Mitglieder gewonnen. Und am dritten und vierten Sonntag war es so, als wenn sich alle Kollegen und Kolleginnen besprochen hätten, nie mehr Mitglieder unseres Verbandes zu werden. Zu bemerken ist, daß die Zählstelle Wansen schon über 300 Mitglieder hatte. Alle kamen mit der Ausrede: „In Wansen hat es keinen Zweck, denn die Kollegen und Kolleginnen halten nicht zusammen“. Sie streiten auch nicht, daß sie früher, als ziemlich alle organisiert waren, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse hatten. Bloß organisieren wollen sie sich nicht. Sie sind auch nicht ganz abgeneigt, sie wollen erst (so sagt jeder) sehen, ob die anderen schon Mitglieder sind. Wenn das der Fall sein wird, sind auch sie gern bereit, einzutreten. Das waren Fälle, wo es den Agitatoren noch gut gegangen ist und sie noch mit Lust und Liebe den Leuten alles erklärt haben. In verschobenen Wohnungen wurden die Agitatoren mit Schimpfworten bedacht und wurde ihnen die Türe geschlossen oder ihnen dieselbe vor der Nase zugeschlossen. Wenn man sich weiter über die Verhältnisse und Löhne orientiert hat, so muß man ohne weiteres zugeben, daß es wohl keinen Ort gibt, wo die Tabakarbeiter noch schlechter dastehen, wie in Wansen. Wochenlöhne von 6, 7, 8 M. sind keine Seltenheit. Mann und Frau verdienen in vielen Fällen zusammen 12, 13, 14 M. pro Woche; und da haben sie zum größten Teil noch zahlreiche Kinder. Daß sie mit diesem niedrigen Lohn nicht imstande sind, eine große Wohnung zu mieten, ist ganz selbstverständlich. Die Wohnungsverhältnisse der Tabakarbeiter sind so miserabel, daß die ganze Familie an ihrer Gesundheit Schaden leiden muß. Nun kommt mitunter noch hinzu, daß ein Teil der Kollegen seine freie Zeit in den Gasthäusern zubringt und durch den Genuß von Alkohol der Familie noch einen Teil des schon ohnehin niedrigen Lohnes entzieht. Es wäre zu wünschen, daß letzteres doch einmal vollständig verschwindet. Wenn man nun steht: auf der einen Seite die traurigen Zustände der Arbeiter und auf der anderen erfahren, welche ein ungeheures Kapital die Herren Fabrikbesitzer anhäufen, so muß sich doch jeder denkende Mensch fragen: Wie ist es möglich, mir und meiner Familie auch einmal eine bessere Existenz zu verschaffen? Der Fabrikant wird nicht kommen und sagen: Ich sehe, daß es euch schlecht geht, ich werde euch mehr Lohn geben. Nein, das machen sie nicht. Die Arbeiter müssen sich selbst helfen und bessere Lohnverhältnisse verlangen. Kollegen und Kolleginnen! Dazu werden sie nicht eher imstande sein, als bis auch der letzte Kollege und die letzte Kollegin den schon Organisierten als Mitglied des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zur Seite steht. Nur mit Hilfe des Verbandes kann die Existenzfähigkeit der Wansener Tabakarbeiter auf eine höhere Stufe gebracht werden!

## Verbandsteil.

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Kaulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6048.

Vorauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Kaulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Werbenungen nur an W. Nieder-Walden, Bremen, Kaulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankanstalt der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg. Kontokorrent Nr. 5549 beim Volkskassensystem in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an H. Krohn, Bremen, Kaulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav Alendorff, Bremen, Kaulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Anstich bestimmte Aufschriften sind an Emil Titten, Altona-Düppel, Friedensallee 46 I, zu adressieren.

## Bekanntmachungen.

Ausgeschlossen nach § 13 a: Lundenwalde: Der Zigarrenmacher Oskar Heberowitsch aus Potsdam, geb. 28. 1. 1868, eingetr. am 14. 8. 1911. Buch S II 80 688. H. 3.

Heberowitsch erhielt in Lundenwalde eine Wanderkarte. Diese hat er gefälscht und nach den bisherigen Feststellungen für 12 Tage 27 M. Unterstutzung zu Unrecht erhalten. Wir ersuchen, den Ausweis von H. umgeben mitzutheilen. S. 2423. I. J. 18.

Als verloren gemeldet: Das Mitgliedbuch S. II. 18 143, lautend auf Karl Frese, geb. 19. 9. 1854 in Drantenbaum, eingetr. am 8. 10. 1905. Im Vergehungsfalle ist das Buch einzulösen und an den Vorstand einzuliefern. (S. 2639. 100.) Der Vorstand.

## Adressen der Bevollmächtigten.

Warendorf (4): H. Frohme, Osnabrückerstr. 24.

Waldheim: 2. Wob. Arthur Grundmann, Händlstr. 6 pt.

Waldheim. Das Bureau Händlstr. 6 pt. ist bis auf weiteres geschlossen von Dienstag bis Freitag, abends von 7 bis 8 Uhr und Sonnabends, nachmittags von 1/2 bis 6 Uhr.

## Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

Für den Gau Hamburg:

Altona: Gottlieb Osterlag, Bureau: Einschnittlerstraße 10.

Für Bremen:

Bremen: Heinrich Bobbenkamp, Kaulenstr. 58/60 I. Zimmer 13. Sprechstunden: 8 1/2 bis 10 1/2 vormittags und 7 bis 8 Uhr abends.

Für den Gau Braunschweig:

Braunschweig: Ernst Spatäke, Gabelsbergerstr. 4 p. Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Zugereiste dort Arbeitslojenunterstützung.

Für den Gau Nordhausen:

Nordhausen: Verbandsbureau: Wolfstraße 14.

Für den Gau Oerford:

Oerford: Wilhelm Schlüter, Bureau: Kurfürstenstraße 3.

Für den Gau Köln:

Köln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 27 III.

Für den Gau Frankfurt a. M.:

Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Gneisenaustr. 113 II.

Für den Gau Offenbach:

Offenbach: Georg Durban, Wegbergerstr. 15 II.

Für den Gau Heidelberg:

Heidelberg: Gauleiter Chr. Stod, Kallertstr. 57, 5H.

Mannheim: Ferd. Dahms, H. 6, Nr. 22.

Für den Gau Karlsruhe:

Karlsruhe: Ad. Heising, Werderstraße 95, prt.

Für den Gau Erfurt:

Erfurt: Anton Fischer, Ulfesriederstraße 28.

Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.

Für den Gau Dresden:  
Dresden-M.: Joseph Dommer, Altonaerstr. 211, Zimmer 84.  
Für Sortierer: Walter Kabis, Dresd.-Vielchen, Zörgauerstr. 58, pr. Sprechzeit: 12—1 Uhr mittags und 6—7 Uhr abends; an Sonnabenden von 8—6 Uhr nachmittags.

Für den Gau Breslau:  
Breslau: Wilhelm Erdmeyer, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17 II, Zimmer 89.

Für den Gau Berlin:  
Berlin: Wilhelm Tschuschner, Berlin. Bureau: Dragonerstraße 8a, vorn. II. Gm.

Alle Arbeitsnachweise, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

## Arbeitsnachweise für Sortierer und Ristenbekleber

Breslau: Otto Hempel, Dofenstr. 53, Sellenhaus 1.

Hodenhelm: Ost. Scheller, Vorstr. 48.

Brieg: Auskunft in Arbeitsangelegenheiten für Sortierer erteilt:

Carl Sauske, Neuhäuserstr. 88.

Mittelelbe (S.-A.): Ernst Krimm, Jungferngasse 68 II.

Berlin: Otto Krämer, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 195.

Erfurt: Otto Eberich, Meißnerstr. 18 pt.

Apolda: Edm. Döring, Büttelstr. 41.

Mittweida: Walter Naabe, Steinweg 79.

Treffurt a. Werra und Schmiedemannshausen: W. Lamp, Treffurt an der Werra.

Emmendingen: Karl Kienle, Mündingerstr. 84.

## Arbeitsangebote.

4 bis 5 tüchtige Widelmacher, Lohn 4 bis 10 M. bei freier Zurechtung. Nachfragen beim Arbeitsnachweis: Erfurt, Anton Fischer, Ulfesriederstr. 28.

1 tüchtiger Kautabalspinner, möglichst unverheiratet, für eine Stadt in Norddeutschland. Nachfragen beim Arbeitsnachweis: Altona, Gottlieb Osterlag, Einschnittlerstr. 10.

## Statistik

### für das Kaiserliche Statistische Amt.

An die Gauleiter!

Trotz der vielen Hinweise auf die Wichtigkeit der statistischen Angaben halten eine Reihe Bevollmächtigter es immer noch nicht für nötig, diese Angaben zu machen oder schicken die Karten so spät ein, daß sie nicht mehr mit berücksichtigt werden können.

Es ist überflüssig, wenn sämtliche Zählstellen nach der Verzinsung noch Karten einsenden, da diese nicht mehr verwertet werden können.

Wir ersuchen nun dringend die Gauleiter, die Bevollmächtigten ihres Gaues über die Wichtigkeit der Statistik aufzuklären und sie zur pünktlichen Einsendung der Angaben anzuhalten.

Von folgenden Zählstellen ging für den Monat November keine Angabe ein:

Gau Braunschweig: Münchhof, Clausthal, Neundorf.

Gau Nordhausen: Eichwege, Unterlieben, Reiligenstadt, Seesee, Heherode.

Gau Oerford: Schwenningsdorf, Werste, St. Quernheim, West-

liber, Hohenhausen, Löhne, Wile, Gr. Wichen.

Gau Köln: Neuwied, Lügernburg.

Gau Frankfurt: Röh, Langensfeld, Niederrodenbach.

Gau Heidelberg: Ebingen, Heilberg, Schwellingen, Beerfelden, Gröfheim.

Gau Offenbach: Zunsweier, Kengingen, Freiburg i. B., München.

Gau Erfurt: Meuselwitz, Greiz, Mithla, Lobenstein, Eßleben, Merse-

burg, Raumburg.

Gau Dresden: Rochlitz, Elbau, Gr. Schönan, Erdmannsdorf.

Gau Breslau: Ratibor.

Gau Berlin: Wusterhausen, Senftenberg, Finsterwalde, Pasewalk.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbands-

beiträge):

November: Breslau B. 500.—, 9. November: Emmerich

B. 72,25. 28. November: Duisburg B. 80.—, 2. Dezember: Geldern

B. 80.—, 6. Dezember: Greuburg B. 50.—, Egnitz B. 800.—

Seelen B. 100.—, 7. Dezember: Köln B. 200.—, 9. Dezember:

Finkertwalde B. 300.—, Treffurt B. 200.—, Halle a. S. B. 50.—

Reba B. 100.—, Hünningen B. 130.—, 11. Dezember: Bremen B.

450.—, Oberbeden B. 50.—, Burgdam B. 200.—, Dresden

B. 1500.—, 12. Dezember: Hamburg B. 2000.—, Dessau B. 100.—

13. Dezember: Berlin B. 300.—

Bremen, den 15. Dezember 1913.

W. Rieber-Welland, Kassierer.

## Breslau.

Der Vorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, allen denjenigen Mitgliedern, welche schon vor Weihnachten und über die Feiertage hinaus arbeitslos sind oder aussetzen mußten, aber keine Unterstützung mehr erhalten, weil sie ausgereizt sind, aus lokalen Mitteln eine einmalige Weihnachtunterstützung zu gewähren. Die Unterstützungsgesuche sind bis spätestens den 22. Dezember schriftlich unter Beifügung des Mitgliedsbuches nach dem Gewerkschaftshaus, Zimmer 89 (Bureau) einzureichen. Später eingehende Gesuche werden nicht mehr berücksichtigt.

Die Ortsverwaltung.

## Mitglieder-Versammlungen.

Sonntag, den 21. Dezember:

Mielefeld: Nachm. 3, 5. Gannemann, Wobensstr. Wichtige Tagesordnung. Gauleiter Schlüter ist anwesend.

Brake i. L.: Nachm. 1 1/2, 5. Heimbecker. L.-D.: Lokalkasse; Kartellbericht; Verschiedenes.

## Gestorben:

Am 29. November zu Breslau Emilie Seidel aus

Brieg, 64 Jahre alt.

Am 14. Dezember zu Brake i. L. Lina Thömann aus

Krueberg, 25 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

## Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Vorstand: Hamburg 21, Mozartstr. 5. Aufsichtsrat: D. Sibow, Brandenburg a. H., Steinstraße 22.

Eingegangen vom 18. 11 bis 8. 12: Wittenhausen 100,—, Ratibor 48,48, Hodenheim 300,—, Holzhausen 50,—, Kellinghusen

50,—, Rastatt 50,—, Sterbekasse: Heß-Obendorf 20,—

Gannstatt 11,78, Röhrbach 6,75, Ratibor 66,25, Wandsbel 34,97,

Ruischke: Oppeln 50,—, Gera 75,—, Hedemünden 75,—

Schönau 50,—, Mündenheim 75,—, Bremen 100,—, Gabelstadt

100,—, Labenburg 50,—, Würzburg 100,—, Wandsbel 84,97, Del-

menhorst 50,—, Krantengeld 72,42.

Umsatz für das dritte Quartal 1913:

Kassenbestand vom 30. Juni 159 410,80 M.

Einnahme 30 307,10

189 717,90 M.

Kassenbestand am 30. September 157 187,77 M.

Hamburg, den 3. Dezember 1913.

M. Qua-



# Horrend preiswerte Sumatra-Decken:

|                                   | verz.    |                                   | verz.    |
|-----------------------------------|----------|-----------------------------------|----------|
| No. 1990. Vollblatt 8. Länge..... | Mk. 1.60 | No. 2003. Vollblatt 1. Länge..... | Mk. 2.45 |
| No. 1997. Vollblatt 8. Länge..... | " 2.—    | No. 1984. Vollblatt 2. Länge..... | " 2.50   |
| No. 1946. Vollblatt 2. Länge..... | " 2.10   | No. 2000. Vollblatt 2. Länge..... | " 2.60   |
| No. 1902. Vollblatt 2. Länge..... | " 2.40   | No. 1947. Vollblatt 2. Länge..... | " 2.70   |

nur helle edle Qualitätstobake mit schneeweißem Brand und grosser Deckkraft!

## Gebrauchte Wickelformen

Riesenauswahl,  
moderne Fassons,  
billige Preise

Verlangen Sie Musterbogen!

## Java-Umblatt:

No. 1974. Vollblatt 8. Länge, leicht Mk. 1.85 verz.

## Java-Einlage:

No. 1889. Trocken, leicht Mk. 0.90 verz.

## Holländer:

No. 2012. Sandgut-Umblatt, riesig  
blattig, zart, guter Blattbrand,  
Mk. 1.10 verz.



## Neue Wickelformen

zu Original-Fabrik-  
preisen

Alle  
Fabrikations - Utensilien

Fordern Sie Kataloge!

# Heinrich Franck

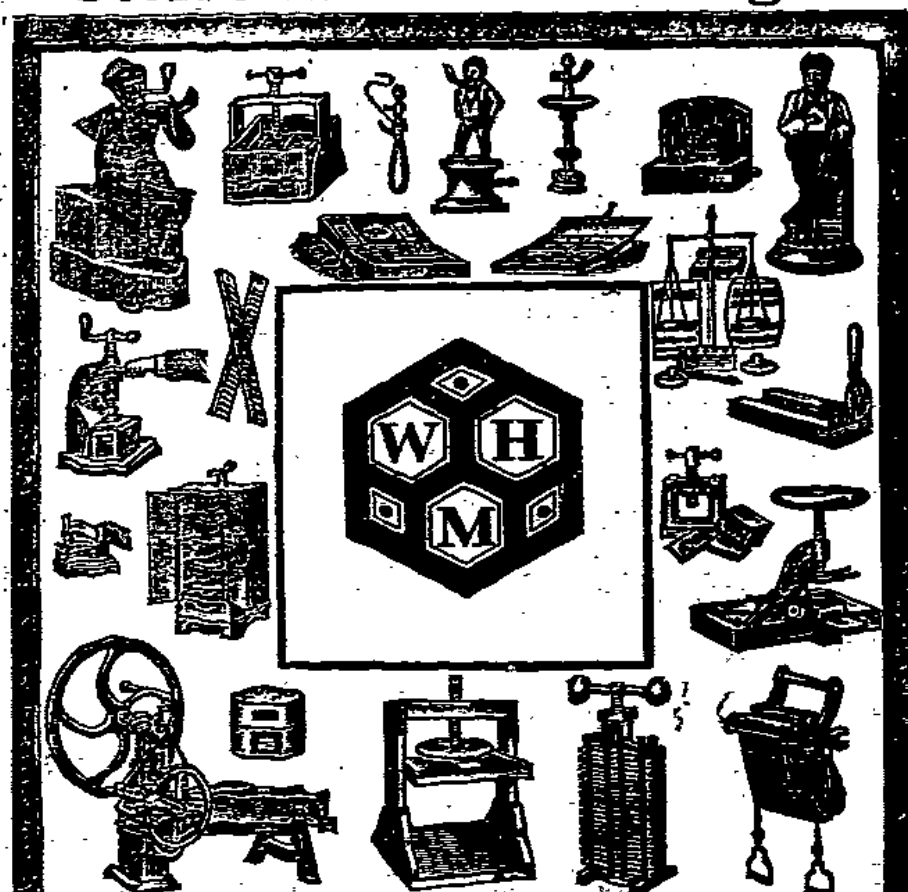
Berlin N 54, Brunnenstr. 22 Gegründet 1879

## Hermeking & Boy

Berlin, Brunnenstrasse 183

Versuchen Sie im eigenen Interesse unsere ganz vorzüglichen  
**Sumatra-Vollblatt-Decken**  
in den Preislagen von 230 bis 700 Pfg. pro Pfund verzollt,  
wenn Sie uns genaue Wünsche angeben, erhalten Sie einzelne  
gefälschte Typen gratis zugesandt.

Wir unterhalten auch grosses Lager in allen Arten  
**Umblatt u. Einlage-Tabaken**  
und bitten, bei Bedarf unsere Offerten einzufordern.  
**Gebrauchte Wickelformen und  
Utensilien stets am Lager.**



**Wickelformenpressen** von M. 7.75 an.  
**Pressbänder**, unverwundlich, per St. 70 &.  
**Rollbreiter** per Stück von M. 1.50 an.  
**Arbeitsmesser** à 25 &.  
**Tragant** per Pfd. M. 1.10, **Amlac** per Pfd. M. 1.75, **Bündelband** per 50 m 45 &.  
**Gebrauchte Formen** von 20 Pfennig per Stück an.  
**Tüllen und Tüllmaschinen.**  
**Bündelmaschinen**, bewährte Modelle, Mk. 1.25.  
**Presskästen** von M. — 80 per Stück an. Einschlag-  
papier, Etiketten in vielen Sorten.

**W. Hermann Müller, Berlin**  
Magazinstr. Nr. 14  
Erstes Spezialhaus für Cigarrenfabrikations - Utensilien  
Illustrierte Kataloge gratis und franko.

## H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482  
— anerkannt reelle, billige —  
Bezugsquelle sämtlicher Tabake

**Sumatra-Decker** (schneeweiße  
Brand) 180, 200, 220, 240, 260,  
280, 300, 320, 340,  
400, 420, 450, 500 &  
**Sumatra-Umblatt** (Vollblatt) 140,  
160, 180, 170 &, **Stückblatt** 130,  
140, 150 &  
**Java-Decker** (hell) 270, 280, 300,  
350 &, (mittel) 200, 220, 240,  
250 &  
**Java-Einlage** (leicht, flottbrennend)  
120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 &  
**Java-Einlage** 95, 100, 105, 110,  
115 &  
**Vorstenland-Decker** 180, 200, 220,  
240, 260, 270, 300, 320, 350 &  
**Brasil-Decker** 170, 180, 200, 220,  
230, 240 &  
**Brasil-Einlage u. Umblatt** 120,  
125, 130, 135, 140, 150, 160,  
170 &  
**Geschnittene Einlage** 110 &  
**Carmen-Umblatt** 105, 110, 120,  
130, allerfeinstes Umblatt 140 &  
**Domingo** (sehr leicht) 100, 105,  
110, 120, 130 &  
**Seedleaf** 110, 120 &  
**Logant** (Blatt) 95, 100 &  
**Original-Nischung** 105, 110, 120 &  
**Havana** 150, 200, 250, 300, 400 &  
**Decker** 650 &  
**Vara-Cuba** (sauer) 180, 200, 250 &

## Geldnot

Ist das allgem. Uebel der  
jetzigen Zeit. Wollen Sie  
sparen, so sparen Sie am  
rechten Fleck. In dem  
Kleiderhaus M. Diamond  
München, Buttermelcherstrasse 5  
erhalten **Millionären**,  
Sie von Kavaliere, Doktoren nur  
wenig getrag, reinwollene  
massgearbeitete Herren-  
kleider. Verlangen Sie  
kostenlos meinen Katalog  
Nr. 38 und Sie werden  
daraus erssehen, welche  
grossen Vorteile ich jeder-  
mann biete.  
Kein Risiko! Da ich für  
nichtkonvenierende Waren  
anstandslos das Geld zurück-  
erstatte oder bereitwillig auf  
Wunsch umtausche.

## August Durladler

Mannheim 2, B. 7, 9  
Alle Sorten Tabake verzollt  
und versteuert inkl. Wert-  
steuer. Reelle Bedienung.  
Versand gegen Nachnahme.  
mit 3% Skonto. Abgabe jeden  
Quantums. Gr. Formenlager.

## Achtung! Zigarren-Kleinfabrikation

Speziell für Kleinfabrikanten heraus-  
gegebenen neuen Preiskurant ver-  
senden gerne gratis und franko

**Hengfoss & Maak, Altona - Ottensen.**

Offertiere div. hundert Zentner  
**gemischte fertige Zigarreneinlage**  
pro Pfund 95 &, bei Abnahme von 100 Pfund 90. — M. Franks  
Zufendung. Hochfeine Mischung zu 5 & Zigarren. Zu Preisliste gratis  
und franko. Versand nur gegen Nachnahme.

**Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.**  
Bestes Rohabak-Vertriebsgeschäft der Provinz. — Gegr. 1886.

## Besonders billige Offerte!

**Java-Umblatt:** Ajos Cc I, leichter feiner  
Bezoekl ..... pro Pfd. M. 1.30  
**Vorstenlanden-Decke:** Djiwo/C 2, schöner  
ergiebiger Kehrroller ..... pro Pfd. M. 1.50  
**Java-Einlage:** Satren/B, feiner Qualitäts-  
tabak, Ersatz für feinsten St. Felix ..... pro Pfd. M. 1.—  
**Sumatra-Sandblatt:** T T R Langkat/V 2,  
mausgrau, allerfeinste Farben ..... pro Pfd. M. 10.—

## Wägener & Co. • Bremen.

## Drucksachen Schmalfeldt & Co., Bremen.

**Schweine-Stüdenfleisch**  
(Rippchen, Rücken, Kopfschilde,  
Schnauzen, Ohren, fleischige Beine)  
frisch gefalgene, garantiert hiesige  
Ware, 10 Pfd. Postfr. M. 3.30,  
Füßel mit 25 und 50 Pfd. Inhalt  
Pfund nur 32 &

**Hollsteiner Holländer Käse**  
saftig, kein Kunstprodukt, sondern  
Naturware, netto 9 Pfd. M. 3.95  
ab hier unter Nachnahme.  
**Heinrich Krogmann**  
Kortorf (Holtz) Nr. 682b.

## Borrmann & Specht

**Rohabak • Bremen**  
Preiswerte Bezugsquelle  
aller Sorten ausländisch.  
Tabake.

Wer Geld verdienen will, wer  
Geld sparen will, mache einen  
Versuch.  
Versand nur gegen Nachnahme.

**Weihnachtskarten**  
in jeder Größe vorrätig.  
**E. Gahn & Co., Berlin N,**  
24 Brunnenstrasse 24.

Um zu räumen, offeriere ich zwei  
sehr preiswerte Sorten Sumatra,  
Deli-Gewächse, extra billig, gut  
bedeud, weiß brennend, und zwar  
**KDM/Deli**, 3. Länge, ganz hell,  
**Sum. SM/Deli**, 2. Länge, hell-  
braun, beide à M. 2.90 verzollt.  
Versand gegen Nachnahme.  
**Paul Krause, Gürlitz**  
Rohabaklager.

Die Frau, i. d. Bezirk sich der  
Zigarrenmacher Nisch. Krause  
aufhält, bitte ich um sofort. Nachricht.  
**W. Heilstein, 1. Bev.**  
**Halle a. S., Merseburgerstr. 22.**  
**Achtung!** **Achtung!**  
Unserer Kollegin Louise Schulz  
nebst ihrem lieben Georg zu der  
am 29. Dezember in Begau statt-  
findenden Verlobung die herzlichsten  
Glückwünsche.  
Goch liebe der Schöpfung mit der  
Schnauzlieber!

Die Kollegen und Kolleginnen  
der Zigarrenfabrik-Zentrale  
**S. Gahle, Leipzig.**  
Unsern Kollegen Wilhelm  
Krause aus Dettinghausen nebst  
Braut zur Verlobung  
die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Kollegen der Firma Spille,  
Bregenz.  
Ob sie sich wohl wat machen leit  
un bi August kämpfert ne Pitten  
unnern Proppen hett??

**Briefkästen.**  
Leipzig 110 &  
Bregenz 100 &  
Halle a. S. 50 &